



DKP Darmstadt-Dieburg
c/o F. Spatz, Flughafenstraße 1a
64347 Griesheim
Tel.: 06155-64998;
FAX: 06155-65672
E-Mail: dkp.darmstadt@t-online.de
Internet:
<http://www.dkp.de/krs/darmstadt.de>

DM 3,—

Extra

Imperialismus, NATO, Krieg gegen Jugoslawien

Tonnenweise fallen im Frühjahr 1999 Bomben und Raketen auf Jugoslawien. Die NATO feiert mit einer Bombenstimmung Geburtstag. Aus Anlaß ihres Jubeltages zerstören die USA, BRD, Groß Britannien und ihre Freunde Jugoslawien und das Völkerrecht. Nebenbei bekommt auch noch die Botschaft der vor China was ab. Gleichzeitig verabschiedet die NATO ihre neue Strategie.

Was steht in der neuen NATO Strategie? Welche Interessen stehen dahinter? Welcher Zusammenhang besteht zum Balkankrieg? Diese Fragen werden uns in nächster Zeit beschäftigen.

Wir dokumentieren in diesem Extraheft fünf Artikel aus UZ, Zeitung der DKP vom 5.3.99 bis 30.4.99 die sich mit den Themen NATO-Osterweiterung, neue NATO-Strategie und Krieg gegen Jugoslawien beschäftigen. Die Artikel von Fritz Streletz, Arno Neubert und Georg Grasnack sind Teile einer UZ-Serie mit dem Namen „wie macht man Kriege“.

Wir verstehen dieses Heft als Grundlage für Diskussionen und freuen uns über jeden Diskussionsbeitrag.

Was steckt dahinter?

Zur NATO-Osterweiterung

Aus UZ vom 5., 12. und 19.3.1999

Durch bestimmte politische Ereignisse, wie z. B. die Ereignisse im Kosovo, ist die Problematik der NATO-Osterweiterung in den letzten Monaten in den Hintergrund geraten. Diese politisch-brisante Frage wird jetzt wieder verstärkt in den Vordergrund treten, weil zum 50. Jahrestag der NATO die drei ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes in dieses militärische Bündnis aufgenommen worden sind. Generaloberst a. D. **Fritz Streletz** hat sich mit der Zielstellung der NATO-Osterweiterung, mit den Beitrittsländern, mit Rußland und der Erweiterung sowie schließlich mit der Rolle der BRD und der Bundeswehr befaßt.

„Nach der Entscheidung des NATO-Gipfels im Juli 1997 in Madrid, die Allianz um die drei mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Ungarn zu erweitern, wurde mit Superlativen nicht gespart: Amerikas Präsident Clinton sprach von einem neuen Zeitalter der Verheißung, Bundeskanzler Kohl von der Vollendung eines

Traumes. Andere Politiker rühmten den Beschluß zur Osterweiterung als historischen Meilenstein beim Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur, als Jahrhundertprojekt oder als historische Zäsur. Doch diese Lobeshymnen konnten nicht verdecken, daß die neue NATO erst nach heftigen Ge-

burtswehen auf den Weg gebracht werden konnte.

Die Zielstellung der NATO-Osterweiterung

Durch den Druck der USA wurden nur drei neue - und nicht, wie vorgesehen fünf neue Mitglieder bestätigt. Rumänien und Slowenien

Inhalt:

Zur NATO-Osterweiterung	1
von Fritz Streletz	
Die Völker Europas brauchen keine NATO	9
von Klaus von Raussendorff	
Faustrecht gegen den Rest der Welt	11
von Arno Neubert	
Die Neue Weltordnung unter NATO-Kommando	15
von Georg Grasnack	
Der Balkankrieg und die „neue Weltordnung“	18
von Gerorge Pumphrey .	

bleiben draußen. Für Polen, Tschechien und Ungarn wurde die NATO-Tür geöffnet. Die USA hatten sich wieder einmal durchgesetzt und klar unterstrichen, wer in der NATO das Sagen hat. Spätestens mit dem Golfkrieg II ist deutlich geworden, daß die USA absolut Anspruch auf die Weltführerschaft erheben und zur Durchsetzung dieses Anspruches alle zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel einsetzen. Im Kampf um die Durchsetzung ihrer Weltführerschaft wird alles unternommen, um den Einfluß Rußlands auf die Weltpolitik innerhalb und außerhalb der UNO systematisch zu reduzieren und ehemals sowjetische Einflußsphären in solche der USA oder ihrer Verbündeten zu verwandeln. Mittels der Osterweiterung der NATO soll der Machtbereich dieses nunmehr mächtigsten Militärpaktes auf Staaten ausgedehnt werden, die ehemals als Verbündete der UdSSR dem Warschauer Vertrag angehört haben.

Das amerikanische Verteidigungsministerium nennt vier Gründe für die Erweiterung der NATO nach Osten:

1. Die NATO-Osterweiterung mache die NATO stärker und geschlossener,
2. sie verringere die Gefahr, daß US-Soldaten jemals wieder in Europa, kämpfen müssen
3. sie fördere den Demokratisierungsprozeß in den ehemaligen Ostblockstaaten und damit die Stabilität in Europa,
4. sie verhindere die Wiederholung vergangener Fehler.

Die neue Strategie der Supermacht USA

Ein wichtiges Ergebnis des Maderdrider Gipfeltreffens ist die Tatsache, daß die USA zur weltweit einzigen Supermacht aufgestiegen und die Europäer noch weit davon entfernt sind, den Amerikanern Paroli zu bieten, geschweige denn, ihnen etwas diktieren zu können. Denn nach dem Zerfall der UdSSR - so das Selbstverständnis der NATO-Strategen - löst die Strategie der Ausweitung der NATO die Stra-

ategie der Eindämmung des Kommunismus ab. Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages betreiben mehrere ehemalige Mitglieder dieses Bündnisses eine Politik des Beitrittes zur NATO. Wie begründen sie ihren Wunsch um Aufnahme in die NATO?

1. Es bestehe eine angebliche militärische Bedrohung von Seiten Rußlands, weshalb eine militärische Sicherheitsgarantie der NATO, einschließlich einer amerikanischen Nukleargarantie, erforderlich sei.
2. Die NATO-Mitgliedschaft sei für die innere Stabilität und Sicherheit der Staaten erforderlich. Dies sei sogar bedeutsamer als ein militärischer Schild gegen Rußland.
3. Nach dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation, der Auflösung des Warschauer Vertrages und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) befänden sich diese Staaten in einem allgemeinen Sicherheitsvakuum. Dies sei besonders gefährlich. Es könne aber nur von der NATO-Mitgliedschaft aufgefüllt werden, da ein erneuter Anschluß an Rußland nicht in Frage kommt.

Militärische Operationen außerhalb des NATO-Bereiches

In diesem Zusammenhang sei auf folgendes verwiesen: Politisch-militärische Bündnissysteme funktionieren auf die Dauer immer nur dann, wenn sie auf eine Gegenseite gerichtet sind. Es muß deshalb große Bedenken hervorrufen, wenn die NATO-Osterweiterung mit einer Bedrohung von seiten Rußlands begründet wird. Nach meiner Kenntnis gibt es kein Beispiel in der Geschichte, wo ein Bündnis weiter bestanden hat, wenn der Grund seiner Existenz weggefallen ist. Die NATO hat doch mit der Beendigung des kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Vertrages ihr Hauptziel erreicht und sich selbst überflüssig gemacht. Ungeachtet des Endes des kalten Krieges erfolgt die versprochene grundlegende Reform der NATO nicht. Sie bleibt ein Militärbündnis und will ihre Strukturen ausbauen und perfektionieren. Von einem sogenann-

ten Verteidigungsbündnis verwandelt sich die NATO in ein Militärbündnis, dessen Hauptaufgaben die Projektion der Stärke nach außen sind, das heißt, daß militärische Operationen außerhalb des NATO-Bereiches dazugehören.

Gleichzeitig gilt es zu berücksichtigen, nach der Beendigung des kalten Krieges, der Selbstauflösung des Warschauer Vertrages sowie des Unterganges der sozialistischen Staaten in Europa hat sich das Staatesgebilde auf dem europäischen Kontinent radikal verändert. War Europa bis Ende der 80er Jahre in 33 Staaten gegliedert, so haben wir heute, Ende der 90er Jahre, 47 Staaten, also 14 Staaten mehr, zu verzeichnen. Sie unterteilen sich in Europa in 14 NATO-Staaten, 19 neutrale und blockfreie Staaten sowie 14 ehemalige Länder des Warschauer Vertrages. Allgemein ist ja bekannt: Aus dem früheren Jugoslawien sind 5 Staaten hervorgegangen. Die Sowjetunion wurde aufgelöst und in 15 selbständige Staaten umgewandelt. Selbst aus der CSSR wurden 2 Staaten gebildet - Tschechien und die Slowakei.

Für die Bürger dieser neu geschaffenen Staaten ergeben sich Konsequenzen, die kaum verständlich sind: Jeder dieser auf dem Territorium der Sowjetunion, Jugoslawiens und der CSSR neu gebildeten Staaten hat einen Präsidenten, eine Regierung, einen Verteidigungsminister, einen Generalstab, eine eigene Armee und eigene Grenzsicherungskräfte. Das heißt, die nationale Souveränität wird in Osteuropa überall groß geschrieben. In Westeuropa bzw. in den NATO-Staaten, beobachten wir eine entgegengesetzte Richtung - das Streben nach einer allseitigen Integration. Da werden große Anstrengungen unternommen, daß sich Europa politisch, ökonomisch und militärisch weiter zusammenschließt und die bestehenden Grenzen verschwinden. Da wird der EURO als einheitliche Währung eingeführt und eine Reihe weiterer Maßnahmen der Vereinheitlichung in Angriff genommen, die allgemein bekannt sind.

Sicherlich gibt es viele Gründe und Ursachen, die in Osteuropa zu dieser Entwicklung geführt haben. Es wird Aufgabe der Historiker sein, diese Etappe der europäischen Entwicklung einzuordnen und objektiv zu beurteilen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden:

1. Nach Beendigung des kalten Krieges und der Selbstauflösung des Warschauer Vertrages hat die NATO ihren Bündniszweck erheblich ausgeweitet. Neu hinzugekommen ist die sogenannte Konfliktverhütung und die sogenannte Krisenbewältigung.

2. Die NATO ist zum Instrument des US-amerikanischen Aktionismus geworden und nimmt sich heraus, UN - Beschlüsse nach eigenen Gutdünken zu deuten und sie mit Gewalt durchzusetzen.

3. Die geplante NATO-Osterweiterung ist eine Brückierung Rußlands, die auch als Bedrohung bezeichnet werden kann und dazu führt, daß Rußland und China militärisch enger zusammenwirken.

Jubel in Polen, verhaltene Freude in Ungarn, Skepsis in Tschechien - so waren die Reaktionen in diesen Ländern nach dem Beschluß des Madrider NATO-Gipfels, die drei ehemaligen Staaten des Warschauer Vertrages in das sogenannte westliche Verteidigungsbündnis aufzunehmen. Nach westlicher Einschätzung sind diese drei Kandidaten politisch und militärisch derart entwickelt, so daß sie sich ohne größere Probleme in das Bündnis einordnen werden.

Im Rahmen des 50jährigen Gründungsjubiläums des Nordatlantikpaktes im Jahre 1999 soll der NATO-Beitritt als erste Phase der Osterweiterung mit einer feierlichen Zeremonie vollzogen werden. Die NATO wird also an Stelle von sechzehn Mitgliedstaaten haben. Man geht davon aus, in Polen, Tschechien und Ungarn sind die Mehrheit der Bevölkerung, und deren politische Repräsentanten aller Couleurs, vom Sinn der NATO-Aufnahme überzeugt. Gleichzeitig wird aber im Stile des kalten Krie-

ges unterstrichen: "...Genau diese Völker waren es auch, die sich seit 1956 revolutionär gegen Moskau auflehnten und dafür schwer bezahlten..."

Zum Beitrittsland Polen

Polen hat bekanntlich eine Bevölkerung von rund 38 Millionen und eine Fläche von 312.000 Quadratkilometer. Die Streitkräfte umfassen rund 250.000 Mann. Polen besitzt heute 1 750 Panzer und 430 Kampfflugzeuge. Der Wehretat umfaßt 2,5 Mrd. Dollar. Polen gehörte nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Vertrages zu den ersten mitteleuropäischen Ländern, die sich sofort nach Westen orientierten und den Beitritt zur NATO anstreben. Nach polnischer Ansicht sieht das in seiner Geschichte schwer geprüfte Land seine künftige Sicherheit ausschließlich im Schoß der NATO gewährleistet. Als einziges der neuen Mitglieder hat Polen eine gemeinsame Grenze mit Rußland (Kaliningrad).

Die Entscheidung von Madrid zur Aufnahme Polens in die atlantische Allianz wurde in Warschau sowie im ganzen Land mit Freude und Genugtuung begrüßt. Der 8. Juli 1997 wurde zu einem historischen Datum, das nach Meinung der polnischen Regierung das Ende der Nachkriegsordnung von Jalta signalisiere. Angeblich wollen 80 Prozent der Polen, daß ihr Land Mitglied der NATO wird.

Welche Ziele verfolgt Polen mit dem Beitritt?

Polnische Wissenschaftler sprechen manchmal unverblümt als die Politiker aus, daß die atlantische Allianz Polen sowohl vor dem Moskauer "Chauvinismus" als auch vor dem deutschen "Revanchismus" bewahren soll. Das heißt, Polen will sich sowohl nach dem Osten gegenüber Rußland als auch nach dem Westen gegenüber dem durch Europa erstarkten Deutschland absichern. Man will unbedingt die Rückkehr nach Europa. Polen soll einen gebührenden Platz in Europa

einnehmen. Es war der ehemalige Bundeskanzler Kohl, der wiederholt betont hat: "Polen und Krakau liegen in Mitteleuropa, und das kann man nicht oft genug sagen." Bekanntlich wurde vor kurzem Kohl mit dem höchsten polnischen Orden ausgezeichnet.

Polen geht davon aus, eine Mitgliedschaft in der NATO wird die künftige Integration in die Europäische Union erleichtern. Man glaubt, wenn man erst in die NATO eingetreten ist, kommt der Eintritt in die Europäische Union automatisch nach und man erreicht dann den Lebensstandard, wie ihn Deutschland heute hat.

Vor welchen Problemen steht Polen?

Wenn man sich Polen an Hand der Karte ansieht, so darf man nicht vergessen, daß die polnische Armee über 40 Jahre so disloziert war, daß die Hauptkräfte der polnischen Streitkräfte sich zwischen der Oder/Neiße und der Weichsel konzentrierten. Das heißt, es war alles mit Richtung nach Westen ausgerichtet. Auch die gesamte Luftverteidigung war gegen Angriffe der NATO aufgebaut. Jetzt auf einmal entsteht die Gefahr angeblich von Osten.

Polen hat eine Grenze unmittelbar zu Rußland/Kaliningrad. Kaliningrad hat eine Fläche von 15.000 Quadratkilometer, dort leben 850.000 russische Bürger. Im Raum Kaliningrad befindet sich die 11. Gardearmee der russischen Armee in einem Bestand von rund 60.000 Soldaten mit 850 Panzern, 150 Kampfflugzeugen und Hubschraubern. Hier befindet sich auch der einzige U-Boot-Stützpunkt der baltischen Flotte Rußlands.

Das heißt also, daß die polnische Armee die 70 Prozent, die sie jetzt zwischen Oder/Neiße und Weichsel hat, umdislozieren muß nach Osten. Und was das bedeutet, kann sich sicherlich jeder vorstellen. Angefangen von den Kasernen, von den Wohnungen. Ich glaube, daß sich Polen nicht ganz darüber im klaren ist, was auf das Land zukommt. Ich möchte das nur mal anhand von zwei, drei Beispielen versuchen zu

erläutern: Wenn ich jetzt die polnische Armee mit 250.000 Mann nehme, und sie haben einen Wehretat von 4,25 Mrd. Mark, und das einigermaßen an die Bundeswehr anlehne, die eine Stärke von 340.000 Mann hat - also rund 100.000 mehr als die polnische Armee - und einen Wehretat von 46 Mrd. Mark, also elfmal so viel wie Polen, und Polen sich einigermaßen daran halten will, um Schritt zu halten mit der Bundesrepublik als NATO-Staat, dann müßte Polen an Stelle von 4,25 Mrd. Mark mindestens 25-30 Mrd. Mark locker machen - das heißt, acht- bis zehnmal soviel als bisher. Daß dies unmöglich ist, wird jeder verstehen. Natürlich sind die Personalkosten der polnischen Armee nicht zu vergleichen mit denen der Bundeswehr.

Und das ist vielleicht auch interessant: Ein Leutnant der polnischen Armee verdient 650 Mark; ein Leutnant der Bundeswehr rund 4.000 Mark. Ein Oberstleutnant der polnischen Armee verdient 1.300 Mark; ein Oberstleutnant der Bundeswehr 6.000 Mark. Ein Brigadegeneral der polnischen Armee verdient 2.500 Mark; ein Brigadegeneral der Bundeswehr 9.000 Mark. Natürlich sind die Personalkosten der polnischen Armee bedeutend geringer. Aber trotzdem, sollte Polen jetzt in die NATO aufgenommen werden - denn alles läuft darauf hinaus - , muß der Verteidigungshaushalt um das zwei- bis dreifache, wenn nicht gar mehr, erhöht werden. Natürlich zu Lasten der Bevölkerung.

Und noch ein Beispiel, das nicht unmittelbar militärischen Charakter hat, aber trotzdem von Bedeutung ist: Joseph Fischer war bekanntlich am 29.10.1998 in Polen. Es ging um die Aufnahme Polens in die Europäische Union. Polen drängt darauf, unbedingt als erstes mit in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Was für negative Auswirkungen verbergen sich für Polen dahinter? In Polen sind 26 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft. Nach EU-Richtlinien dürfen aber nur sechs Prozent in der Landwirtschaft tätig sein. Wollte man also diese 26 Prozent in Polen nur um 2/3 reduzieren, dann bräuhete

man 3,5 Mio. neue Arbeitsplätze. Die Investitionsgröße, umgerechnet für diese 3,5 Millionen Arbeitsplätze, wäre etwa 700 Mrd. Mark. Welche soziale Sprengkraft hier liegt, zeigt der Vergleich mit der DDR-Landwirtschaft: Von 9,6 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft mußten auch wir diese auf 6 Prozent abbauen. Von 800.000 Menschen, die in der DDR dort tätig waren, arbeiten heute noch 170.000 in diesem alten Beruf. Es ist schon jetzt vorprogrammiert, daß sich der größte Teil dieser polnischen Arbeitslosen nach Westen, also nach Deutschland, in Marsch setzt, und bereit sein wird, hier als billige Arbeitskraft tätig zu werden.

Vorausseilender Gehorsam

Polen zeigt aber heute schon gegenüber der NATO einen vorausseilenden Gehorsam: "Wie sehr Polen in den NATO-Pakt drängt, das bewiesen erst gerade wieder die offiziellen Erklärungen zur möglichen Intervention der NATO in Kosovo. Von Präsident Aleksander Kwasniewski über Jerzy Buzek (der Regierungschef), Außenminister Bronislaw Geremek und Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz bis zu den Sprechern der Parlamentsfraktionen, alle Aussagen liefen darauf hinaus: Wir machen mit. Zwar habe Polen keine geeignete Luftwaffe zum Einsatz in der ersten Phase, doch sollten Bodentruppen gebraucht werden, könne man sich seinen Pflichten nicht versagen." So ist die Lage heute in Polen. Schon seit Jahren werden die Streitkräfte Polens durch Umstrukturierung und Verkleinerung kontinuierlich auf den NATO-Beitritt vorbereitet. Die Endstärke soll im Jahre 2000 180.000 Soldaten betragen. Die innere Lage der polnischen Streitkräfte kann als stabil bezeichnet werden. Polen hat eine Wehrpflichtarmee mit einem Grundwehrdienst von 18 Monaten, der bis Ende 1999 auf 12 Monate verkürzt wird. Ich persönlich kenne die polnische Armee sehr gut, weil wir mit ihr über 30 Jahre zusammen gearbeitet haben, und ich

mochte das vielleicht so charakterisieren:

Die polnischen Offiziere und Generäle zeichneten sich immer durch einen ausgeprägten Nationalstolz und eine hohe Perfektion aus. Der Widerstand gegen eine deutsche Bevormundung, gepaart mit wahrscheinlicher Überheblichkeit, ist bereits vorprogrammiert. Trotzdem müssen wir berücksichtigen: Wichtig für Polen ist, endlich Verbündeter der USA zu sein und zum Westen zu gehören.

Zum Beitrittsland Tschechien

Tschechien hat rund 10 Millionen Einwohner, eine Fläche von 78.000 Quadratkilometer, die Armee umfaßt 66.000 Mann. Die tschechische Armee besitzt rund 950 Panzer, 140 Kampfflugzeuge und gibt jährlich rund 1,1 Mrd. Dollar aus. Im Gegensatz zu Polen herrscht in Tschechien nach den Beschlüssen von Madrid keine NATO-Euphorie. Die Bevölkerung steht einer Mitgliedschaft im westlichen Bündnis eher kritisch gegenüber. Nur 45-50 Prozent der Tschechen sind nach einer Meinungsumfrage dafür, daß ihr Land ein NATO-Staat wird. Man fühlt sich in der Mitte Europas ziemlich sicher und hält deshalb eine NATO-Mitgliedschaft nicht unbedingt für erforderlich. Ferner fürchten die Menschen berechtigt die Kosten, die mit einer Aufnahme in die atlantische Allianz verbunden sind. Die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte wird als niedrig eingestuft; lediglich im Bereich der Krisen-Reaktionskräfte ist die Lage besser. Mangelnde Attraktivität des Dienstbetriebes, Ausbildungsmängel, eine katastrophale Nachwuchslage und der Verfall der Disziplin als Folge der geringen Verdienstmöglichkeiten im Vergleich zur Wirtschaft und die schlechte Wohnungsklage kennzeichnen die Situation in der Armee, deren Ansehen in der Öffentlichkeit nicht sehr hoch ist.

Der Grundwehrdienst wurde 1993 auf 12 Monate verkürzt. Tschechien steht vor den selben Problemen wie Polen. Auch in Tschechien ist auf einer Tiefe von

100 bis 200 km von der Westgrenze entfernt die Masse der Armee disloziert. Die Luftverteidigung, die Bevorratung - alles war in der westlichen strategischen Richtung. Jetzt auf einmal muß sich auch Tschechien nach Osten orientieren. Das heißt, auch hier sind eine große Umdislozierung der Armee, der Bau von neuen Kasernen, eine neue Luftverteidigung usw. vorgesehen, was sich nachteilig auf die Entwicklung der Volkswirtschaft auswirken wird.

Zum Beitrittsland Ungarn

Ungarn hat eine Bevölkerung von 10 Millionen, eine Fläche von 93.000 Quadratkilometer, die Armee umfaßt 64.000 Mann mit rund 800 Panzern und 140 Flugzeugen. Die Militärausgaben betragen jährlich rund 0,6 Mrd. Dollar.

In Ungarn ist die Zustimmung der Bevölkerung zum NATO-Beitritt ständig gewachsen. Über 50 Prozent sind angeblich für den Ein-

Bosnienkrieges 1992 einen Luftwaffenstützpunkt an der Grenze zu Jugoslawien.

Natürlich hat Ungarn einen großen Nachteil: Es befindet sich in einer Insellage. Ungarn hat keinen Nachbarn, der zur NATO gehört. Deshalb wollten Frankreich und Deutschland, daß fünf neue Mitglieder in die NATO aufgenommen werden, Bosnien und Rumänien dazu, damit eine andere strategische Lage entstehen könnte. Amerika war allerdings dagegen, um Rußland nicht zu sehr zu verärgern und einzuschüchtern. Deshalb hängt Ungarn jetzt bis zur zweiten Phase der NATO-Osterweiterung in der Luft und kann dadurch tatsächlich nur aus der Luft versorgt werden, denn Militärtransporte auf Straßen oder Schienen bedürfen der Genehmigung anderer Staaten. 653 ungarische Offiziers haben bereits NATO-Akademien absolviert. 162 haben in Deutschland und 154 in den USA studiert. Wir sehen also, Deutschland wieder an erster Stelle.

zusätzlich in den Kampfbestand der NATO-Streitkräfte in Zentral-Europa über.

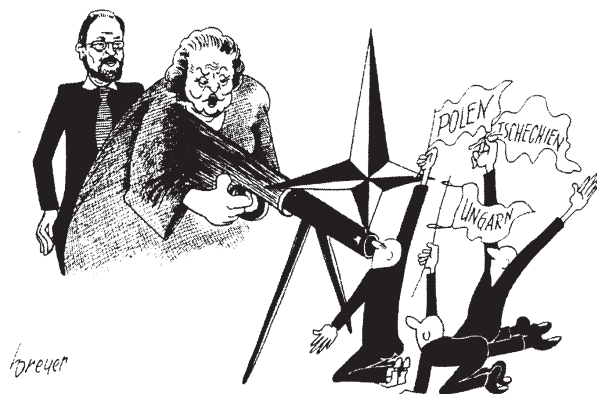
Die Osterweiterung kostet 125 Milliarden Dollar

Im Zusammenhang mit dem Beitritt dieser drei Länder zur NATO muß kritisch festgestellt werden:

1. Daß die Verteidigungsminister von Polen, Tschechien und Ungarn - es sind Zivilisten, die keine militärakademische Ausbildung besitzen -, die sich aus dem NATO-Beitritt für ihre Länder ergebenden militärischen Konsequenzen nicht allseitig einschätzen können, ist verständlich und im bestimmten Maße auch zu verzeihen.

2. Daß aber die drei Generalstäbe und ihre Generalstabschefs einen Beitritt in die NATO-Organisation mit den sich daraus ergebenden militärpolitischen, militärstrategischen und finanziellen Konsequenzen sang- und klanglos zustimmen, ist aus militärischer Sicht unbegreiflich. Unabhängig von bestimmten negativen politischen Auswirkungen dieser NATO-Osterweiterung muß doch berücksichtigt werden, daß nicht nur die Kinder, sondern auch die Enkelkinder der heutigen Generation die Schulden werden begleichen müssen, die sich aus der Umrüstung und Neuausstattung dieser drei Armeen auf den NATO-Standard in den nächsten 10-15 Jahren ergeben werden.

3. Es ist unverständlich und unverantwortlich, daß die führenden Militärs dieser drei Länder, aufgrund der Beendigung des kalten Krieges und durch die Erfahrung der Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag und den Milliarden Ausgaben für die Armee und die Landesverteidigung nicht zu den Schlußfolgerungen gekommen sind, ihren Ländern - wie Österreich oder Schweden - den Status eines neutralen Staates, mit einer symbolischen Streitmacht vorrangig für UNO-Einsätze, zu geben, anstatt Milliarden für die NATO-Mitgliedschaft zu beanspruchen, die vom



tritt in das westliche Bündnis. Strategisch von Bedeutung ist das Land durch seine unmittelbare Nachbarschaft zu Kroatien, Serbien (Jugoslawien) und Montenegro, sowie seine Nähe zu Bosnien-Herzegovina. Sieben Nachbarstaaten umgeben das heutige Ungarn. Deshalb bringt Ungarn für die NATO eine Reihe von strategischen Vorteilen. Der ungarische Verteidigungsminister formulierte das so: "Insgesamt können wir feststellen, daß die alte NATO Ungarn selbstverständlich nicht gebraucht hat. Aber die NATO neuen Typs ist ohne Ungarn schwer vorstellbar." Die Amerikaner nutzen bereits seit Ausbruch des

Bis zum Jahr 2005 sollen die ungarischen Streitkräfte in eine Berufarmee umgewandelt und die Personalstärke stufenweise auf 45.000 bis 35.000 Soldaten abgebaut werden. Der Grundwehrdienst dauert dagegen nur noch neun Monate.

Wichtig ist im Zusammenhang mit der Aufnahme dieser drei Staaten in die NATO festzustellen, daß es bei den NATO-Streitkräften einen erheblichen Zuwachs an Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft geben wird.

Annähernd 240.000 Soldaten, 3400 Panzer, 650 Kampfflugzeuge sowie rund 150 Flugplätze gehen

Steuerzahler beglichen werden müssen.

Anschaulich ist in diesem Zusammenhang, daß von den europäischen Partnern bisher keine Berechnungen über die zu erwartenden Kosten der NATO-Erweiterung angestellt wurden. Nur die Amerikaner haben sich bisher damit befaßt. Und sie haben errechnet, daß die Kosten für die NATO-Osterweiterung in den nächsten 15 Jahren bis zu 125 Mrd. Dollar betragen werden. Davon würden die USA 19 Mrd. Dollar, die westlichen Verbündeten 54 Mrd. Dollar und die drei Beitrittsländer müßten 52 Mrd. Dollar für die NATO-Partnerschaft bezahlen. All diese Mittel mußten zusätzlich aufgebracht werden.

Der Beginn des „Kalten Friedens“

Die russischen Militärs halten die NATO-Osterweiterung für den größten Fehler seit Ende des kalten Krieges. Man spricht in diesem Zusammenhang vom „Kalten Frieden“, der jetzt beginnt. Für die Mehrheit der Politiker und Militärs ist das eine Expansion, die Rußlands Sicherheit gefährdet. Moskau erlitt eine strategische Niederlage. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit wurde es gedemütigt. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland nutzten und nutzen geschickt die katastrophale Lage Rußlands aus, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Osterweiterung: Vorrangig gegen Rußland gerichtet

Rußland liegt bekanntlich politisch, ökonomisch, militärisch - außer den Atomwaffen - diplomatisch und innenpolitisch am Boden. In der prinzipiellen Ablehnung der NATO-Osterweiterung sind sich fast alle Politiker und Militärs des heutigen Rußland ebenso einig wie darin, diese Ablehnung mit militärischen Überlegungen zu begründen. Berechtigt wird der Enttäuschung Ausdruck gegeben, daß sich die NATO nach der Auflösung des Warschauer Vertrages nicht - wie zu erwarten gewesen wäre - auch aufgelöst habe, keine gesamteuropäi-

sche Sicherheitsstruktur unter wesentlicher Mitwirkung Rußlands geschaffen wurde, sondern im Gegenteil, die NATO ihre Macht konsequent ausbaute und sich nun sogar zielbewußt den Grenzen Rußlands nähert. Man geht davon aus:

1. Die NATO-Osterweiterung richtet sich vorrangig gegen Rußland.

2. Der Westen wolle in Europa neue Mauern hochziehen und für seine Rüstungsindustrie neue Märkte erobern.

3. Rußland solle isoliert, wirtschaftlich niedergehalten und aus Europa gedrängt werden.

4. Der Warschauer Vertrag habe sich friedlich aufgelöst; warum ist die NATO Anfang der 90er Jahre nicht ebenfalls aufgelöst worden?

Die russischen Befürchtungen liegen in der Geschichte begründet:

- 1812 marschierten Napoleons Armeen gegen Rußland,
- 1914 waren es wieder westliche Truppen, die nach Osten marschierten,
- 1941 fielen faschistische Truppen aus dem Westen in die Sowjetunion ein,
- Ende der 90er Jahre verbünden sich die westlichen Mächte erneut gegen Rußland.

Die russische Seite vertraut keinen NATO-Zusagen. Bei der Vereinigung Deutschlands gab es die Zusage: „Die NATO wird sich nicht auf das Territorium der DDR ausweiten.“ Unter diesen Bedingungen sei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zugestimmt worden. Jetzt wird die NATO sogar bis an die Grenze der GUS vordringen.

Truppen abgezogen - keine Verträge geschlossen

Zutreffend wird in Moskau eingeschätzt: Die russischen Politiker hatten die diplomatische Schlacht in dem Augenblick verloren, als sie mit dem Beginn des Abzugs ihrer Truppen aus den ehemaligen sozialistischen Ländern den NATO-Versicherungen über die Begrenzung ihrer Aktivität an der sogenannten deutsch-deutschen Grenze Glauben schenkten und keine völkerrechtlich verbindlichen Verträge mit der

NATO abschlossen. Nicht von ungefähr empörte sich Kissinger über Rußland und fragte provokatorisch: „Seit wann diktiert die Verliererseite dem Sieger die Friedensbedingungen?“

Nach russischer Ansicht sollten die Beitrittskandidaten ähnlich wie Schweden, Finnland, Österreich und die Schweiz neutral bleiben und sich in kein Militärbündnis begeben. Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union bedeutet nicht die Verpflichtung, in die NATO einzutreten. Das Blockdenken sei nach dem Ende des kalten Krieges ohnehin überholt. Mit der NATO-Erweiterung erfolgt eine gefährliche Ausdehnung der militärstrategischen Möglichkeiten des westlichen Militärbündnisses, welche die Interessen Rußlands tangieren. Führende indische Militärs vertreten außerdem folgenden Standpunkt: Durch die Osterweiterung wird die NATO nicht stärker werden. Im Gegenteil, sie wird eher schwächer. Rußland kommt dem Westen nicht näher - es wird sich von ihm entfernen. Wahrscheinlich wird Rußland aufgrund der neuen militärpolitischen Lage an der „Doktrin der nuklearen Abschreckung“ festhalten müssen. Rußland wird Mittel und Wege suchen, um den Beitrittsländern die Nachteile ihrer neuen Situation spüren zu lassen.

Eine geschlossene Verteidigungsorganisation zerstört

Die Sowjetunion und der Warschauer Vertrag waren eine geschlossene Verteidigungsorganisation:

Die erste Luftverteidigungslinie der Sowjetunion ging entlang der Grenze DDR zur BRD. Die zweite Luftverteidigungslinie war entlang der Ostsee aufgebaut.

Diese Luftverteidigungslinien sind hinfällig. Rußland muß jetzt eine eigene Luftverteidigung aufbauen, und das verschlingt natürlich Milliarden Rubel.

Bei den Landstreitkräften hatte Rußland ein Vorfeld von 600 bis 800 km mit vier Gruppen:

Eine Gruppe auf dem Territorium der DDR,

*eine Gruppe auf dem Territorium Polens,
eine Gruppe auf dem Territorium der CSSR,
eine Gruppe auf dem Territorium Ungarns.*

Insgesamt waren rund 750.000 Soldaten im Vorfeld der Sowjetunion stationiert. Die Flottenkräfte in der Ostsee waren von Wismar bis nach Leningrad (jetzt Petersburg) voll in der Hand des Warschauer Vertrages. Die NATO wurde nur im westlichen Teil der Ostsee zugelassen. Heute hat Rußland praktisch nur noch 200 km Ostsee bei Kaliningrad und rund 300 km Ostsee im finnischen Meerbusen. Das heißt, die Baltische Rotbannerflotte ist - wenn man so will - von alleine untergegangen; sie hat keine Möglichkeit, in der Ostsee zu existieren, zu manövrieren.

Nicht anders war das im Schwarzen Meer. Im Schwarzen Meer gab es die verbündete Schwarzmeerflotte, bestehend aus Bulgarien, Rumänien, der Sowjetunion. Auch hier hat die Ukraine Rußland aus dem Schwarzen Meer herausgedrängt. Man hat sich noch geeinigt auf den Hafen Sewastopol, den man gemeinsam nutzt. Rußlands militärpolitische und militärstrategische Lage ist jetzt so, wie sie noch niemals in der Geschichte gewesen ist. Dafür hat sich aber die Lage Deutschlands generell verändert. Die Wiederkehr einer russischen Bedrohung wird also als Vorwand genommen, um die NATO zu erweitern.

Gorbatschow und Jelzin haben die Nachkriegsregelung und die Nachkriegswelt verspielt. Rußland verlor in Europa alle seine Verbündeten, die heute um die Aufnahme in die NATO buhlen. Solche Staaten wie Georgien, Moldavien, Kasachstan, Turkmenistan und Kirgisien kaufen Waffen bei amerikanischen Firmen. In diesen Ländern befinden sich amerikanische und deutsche Berater.

Von den 61.000 km russischer Grenze sind heute noch 13.500 km offen und ungeschützt, da die Kräfte und Mittel nicht ausreichen, diese Grenze einigermaßen zu sichern.

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr bei der NATO-Osterweiterung

Die USA und Deutschland forcieren die NATO-Osterweiterung am meisten. Die anderen NATO-Mitglieder, wie zum Beispiel Frankreich, Großbritannien und Italien, äußerten sich zurückhaltend. Es ist kein Wunder, daß die Mitgliedschaft neuer Staaten vorrangig von Deutschland - das aufgrund seiner geopolitischen Lage das größte Interesse an einer Osterweiterung hat - mit offener Sympathie und deutlichem Nachdruck unterstützt wurde. Für die BRD bringt die NATO-Osterweiterung militärstrategisch, militärpolitisch und militärökonomisch große Vorteile.

Zu den militärstrategischen Aspekten

Durch die Beendigung des kalten Krieges und die Selbstauflösung des Warschauer Vertrages hat Deutschland zweifelsohne am meisten profitiert. Noch nie war die strategische Lage Deutschlands so günstig wie in der Gegenwart. Ein militärischer Konflikt in der unmittelbaren Nachbarschaft ist heute undenkbar. Deutschland hat gegenwärtig zehn Nachbarn, davon sieben Nachbarn, die zur NATO gehören und drei Nachbarn als neutrale Staaten - Polen und Tschechien noch mit dazu gezählt. Deutschland hat also nach allen Richtungen ein Vorfeld von mindestens 600 bis 800 km. Deutschland wird von keinem unmittelbar bedroht.

Deutschland hat jetzt den großen Vorteil - nach dem Beitritt von Polen und Tschechien -, daß sich die Ostgrenze des NATO-Paktes 500 bis 700 km nach Osten verlagern wird. Die 6.000 Mann des Bundesgrenzschutzes, die jetzt an der 1.300 km langen Ostgrenze stationiert sind, können ohne weiteres um 5.000 Mann reduziert werden, damit das dann eine Grenze wird wie zwischen Deutschland und Frankreich oder zwischen Deutschland und Belgien.

Die Luftverteidigung, die jetzt hierzulande zu Polen aufgebaut ist,

würde vollkommen hinfällig sein, da ja Polen diese ganzen Aufgaben in Zukunft übernehmen müßte. Und so könnten eine ganze Reihe weiterer Probleme angeführt werden, die dokumentieren, daß sich Deutschland jetzt in einer äußerst günstigen militärstrategischen Lage befindet.

Deutschland und die Bundeswehr profitieren am meisten von der NATO-Osterweiterung. Es bleibt natürlich die Frage offen, ob wir auf Dauer aufgrund dieser militärpolitischen Lage eine Bundeswehr von 340.000 Mann brauchen. Im Umkreis von 600 bis 800 km befindet sich überhaupt nichts, was die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit bedrohen könnte. Man kann sich also jetzt auf den Iran, auf den Irak oder wen sonst beziehen - oder man nimmt jetzt wieder Rußland als den Feind. Aber Rußland liegt doch - wenn man die Atomwaffen nicht berücksichtigt - auf allen Gebieten am Boden.

Also müßte bei dieser Bedrohungsanalyse jetzt herauskommen: Die Bundesrepublik Deutschland wird zur Zeit von keinem bedroht. Benötigen wir dann unbedingt noch die 340.000 Mann in der Bundeswehr? Müssen wir dann jedes Jahr 46 Mrd. Mark für die Landesverteidigung ausgeben? Da könnte man auf diesem Gebiet einiges einsparen.

Wobei das sowieso unverständlich ist: 1985 hat die BRD 47 Mrd. Mark ausgegeben - in der Periode des kalten Krieges. Heute gibt sie nach wie vor annähernd 47 Mrd. Mark aus. Das soll doch mal einer begründen! Warum haben wir heute noch diese hohen Militärausgaben bei der Bundeswehr, obwohl der kalte Krieg beendet ist, der Warschauer Vertrag sich selber aufgelöst hat? Als die BRD eine 1.300 km lange Grenze zum Warschauer Vertrag hatte, konnte das noch verständlich gemacht werden. Aber doch heute nicht mehr. Und ich glaube, für die neue Bundesregierung wird es nicht einfach sein, auf diese Fragen jetzt eine Antwort zu geben.

Die Rolle der BRD wird auch auf militärpolitischem Gebiet immer größer: Nehmen wir nur den

Kosovo-Konflikt. Da war kürzlich in Zeitungen zu lesen: "In Belgrad kamen am Wochenende der NATO-Oberkommandierende in Europa, Clark, und der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Naumann, mit dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic zusammen." Das heißt, die USA und die BRD bestimmen maßgeblich die Politik der NATO.

Zu einigen militärökonomischen Aspekten:

Für die drei neuen Beitrittsländer ergibt sich nicht nur eine militärpolitische Bevormundung durch die NATO, sondern auch eine gewaltige ökonomische Belastung. Sie müssen NATO-Waffen und NATO-Ausrüstungen kaufen, um eine "NATO-Kompatibilität" zu erreichen.

Ein neues milliardenstarkes Geschäft winkt mit der NATO-Osterweiterung, 60 bis 80 Mrd. US-Dollar sind veranschlagt.

Die Bundeswehr nimmt maßgeblich an der Kooperation mit den Partnern im Osten teil. Sie unterstützt allseitig den Aufbau der neuen Streitkräfte. In den letzten Jahren wurden mit 17 Ländern bilaterale Jahresprogramme für die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet vereinbart. Allein im Jahre 1997 gab es annähernd 600 gemeinsame Maßnahmen.

Die BRD ist der fünftgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Von 1992 bis 1994 lag die BRD nach den USA - an zweiter Stelle. Da die Rüstungsindustrie keinen Beschränkungen aus Brüssel unterliegt, bringt die NATO-Osterweiterung neue milliardenstarkes Geschäfte für die deutsche Rüstungsindustrie.

Zu den militärpolitischen Aspekten:

Bereits 1993 verkündete der damalige Verteidigungsminister Rühe vor den Kommandeuren der Bundeswehr in Mainz: "Vorbeugendes Krisenmanagement bedeutet für uns Deutsche an allererster Stelle, daß wir die Stabilitätszone des Westens soweit wie möglich nach Osten ausdehnen. Deutschland

kann kein Interesse daran haben, östlicher Rand der westlichen Prosperitätszone zu bleiben."

Außerdem wurde wiederholt unterstrichen, Deutschland und die Bundeswehr werden in dieser Entwicklung eine besondere Aufgabe haben.

Der Verleger Siedler hat die politische Substanz des neuen Buches von Wolfgang Schäuble mit dem bezeichnenden Titel "Und der Zukunft zugewandt" wie folgt beschrieben: "Wenn die Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung überstanden sind, ... wird Deutschland gar nicht darum herumkommen, Osteuropa ökonomisch zu durchdringen, und wahrscheinlich wird ihm auf diesem Wege zufallen, was das Deutsche Reich mit ein paar hundert Divisionen nicht erreichte - die Vorherrschaft in jenen unabsehbaren Räumen zwischen Weichsel, Bug, Dnjepr und Don." Man kann hinzufügen, auch auf dem Balkan, wenn man Deutschlands Engagement in den jugoslawischen Auseinandersetzungen kritisch in Betracht zieht.

Heute hat die BRD ein weltweites Netz von 220 Auslandsvertretungen - darunter 150 Botschaften und 68 Generalkonsulate. Das heißt, nicht nur der politische Einfluß, sondern auch die militärpolitische Einflußnahme durch die BRD hat in den letzten Jahren zugenommen. Mit Recht wird heute festgestellt: Die Sieger des Zweiten Weltkrieges sind nicht die Sieger der Geschichte.

Einige Schlußfolgerungen aus heutiger Sicht:

1. Bisher hat die europäische und die Weltöffentlichkeit völlig unzureichend Kenntnis genommen, welche Gefährdung des Friedens mit dem Konzept der Osterweiterung der NATO verbunden ist.

2. Im Kampf um die Durchsetzung ihrer Weltführerschaft tun die USA alles in ihren Kräften stehende, um den Einfluß Rußland auf die Weltpolitik systematisch zu reduzieren und ehemals sowjetische Einflußsphären, in solche der USA,

oder ihrer Verbündeten, zu verwandeln

3. Deutschland unterstützt allseitig dieses Bestreben und hat ein besonderes Interesse an der NATO-Osterweiterung. Offen wird, kundgetan: Tatsächlich ist Deutschland wieder Hegemonialmacht ganz Mitteleuropas. Es wird, für Polen, Tschechien und Ungarn die Führungsmacht sein. Die Potsdamer Beschlüsse der Antihitlerkoalition haben für die Bundesregierung keine Rechtswirkung mehr.

4. Man sollte nicht übersehen, daß nach der stillen Osterweiterung der NATO die zweite und dritte Welle der Osterweiterung Anfang des Jahres 2000 vorprogrammiert ist. Damit wird die imperialistische Expansionspolitik vorrangig durch die USA und die BRD in die Praxis umgesetzt. Ob eine solche Politik der Friedenssicherung dient, darf bezweifelt werden. Wichtig wird sein: Wie verhält sich Rußland, wenn zum Beispiel - wie geplant - die Ukraine und die drei baltischen Staaten (wo ein erheblicher Anteil der Bevölkerung Russen sind), die direkt an Rußland angrenzen, Mitglieder der NATO werden wollen bzw. sollen.

Ob sich die russische Armeeführung und der und der Generalstab mit einer solchen Entwicklung zufrieden geben, darf bezweifelt werden. Wohin eine solche Politik führt, wird die Zukunft zeigen.

Bundeswehr-Planung bis 1999/2000:

insgesamt 338.000

Truppenkategorie:
Krisenreaktionskräfte: 53.600
Heer: 37.000
Luftwaffe: 12.300
Marine: 4.300
Hauptverteidigungskräfte: 284.400

Teilstreitkräfte:
Heer: 233.400
Luftwaffe: 77.400
Marine: 27.200

Quelle:
Bundesverteidigungsministerium

Kosovo:

Die Völker Europas brauchen keine NATO

von Klaus von Raussendorff, aus UZ vom 19.3.1999

Nach den Plänen der NATO werden Soldaten aus Deutschland und anderen Ländern gegenwärtig darauf vorbereitet, in die jugoslawische Provinz Kosovo und Metochien einzurücken.

Selten wurde von Soldaten verlangt, für einen derart völkerrechtswidrigen und unkalkulierbaren Auftrag Leben und Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Eine internationale Streitmacht soll die von Sezession bedrohte „Krisenprovinz“ besetzen. Die UCK-Terroristen versuchen, die NATO-Intervention regelrecht herbeizumorden. NATO-Truppen sollen die Bundesrepublik Jugoslawien an der Ausübung legitimer Hoheitsrechte eines souveränen Staates hindern. Die „Verhandlungslösung“, die den Konfliktparteien von den USA und ihren europäischen Verbündeten aufgezwungen werden soll, zielt auf die Errichtung eines De-facto-Protektorats nach dem Modell Bosnien-Herzegowina. Die Politik der ethnischen Parzellierung des Balkans durch die imperialistischen Mächte schreitet fort. Die Serben werden sich nicht kampfflos ein Landstück entreißen lassen, in dem Kirchen und Klöster von den Ursprüngen ihrer nationalen Identität zeugen. Auch in Mazedonien, Montenegro und Griechenland wird es zu heftigen Reaktionen gegen den großalbanischen Chauvinismus kommen. Es wird nicht lange dauern, bis Völker Europas in Ost und West merken, in welcher tödlichen Gefahr sie durch die Kräfte des Imperialismus erneut getrieben werden.

Der NATO-Krieg hat begonnen

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien hat längst begonnen. Bereits das Ultimatum der NATO an Serbien ist ein flagranter Akt der Kriegführung. Von Serbien wird verlangt, einen Teil seines Territoriums auszuliefern. Für den Fall, daß die Belgrader Regierung sich weigert, wird dem ausgewerteten Land

mit Verschärfung der Wirtschaftssanktionen, mit Bombenschlägen, Invasion von Bodentruppen und innenpolitischer Subversion gedroht. Die Frage, ob für dieses Vorgehen eine „Selbstmandatierung“ der NATO ausreicht oder ein von der NATO-Führungsmacht erpreßtes „Mandat“ der Vereinten Nationen erforderlich ist, wird künstlich hochgespielt. Für die betroffene Bevölkerung Jugoslawiens ist der Unterschied ebenso unerheblich wie im Irak, wo aufgrund des UNO-Mandats durch völkermörderische Wirtschaftssanktionen bisher über 1,5 Millionen Menschen umgekommen sind und der Bombenterror der NATO-Staaten USA und Großbritannien gegen ein faktisch wehrloses Land anhält. Die Menschen im Kosovo leiden. Das Elend der aus ihren Häusern Vertriebenen, das Leid der Opfer der Kampfhandlungen und Übergriffe lassen keinen mitfühlenden Menschen unberührt. Die menschliche Not ist eine grausame Realität. Sie zu beenden, gilt als offizielle Begründung für die Notwendigkeit des militärischen Eingreifens der NATO. Mitleidsgefühle werden zynisch ausgenutzt.

Warum Jugoslawien zerschlagen wurde

Tatsächlich tragen die westlichen Großmächte die Hauptverantwortung für die Zerschlagung eines einstmals schönen, stolzen Vielvölkerstaates, der zu den Gründungsmitgliedern der UNO gehörte. Sie haben die Bourgeoisien der einzelnen Teilstaaten Jugoslawiens, die mit völkischer Propaganda die Unzufriedenheit der Massen vom Bankrott des jugoslawischen Sonderweges abzulenken versuchten, bei ihrem Werk der ethnischen Zerstückelung des Bundesstaates

diplomatisch, politisch und propagandistisch unterstützt, finanziert, bewaffnet, und allesamt nur wie Bauern auf dem geostrategischen Schachbrett behandelt. Nun heißt die offizielle Version: In Bosnien-Herzegowina habe der Westen nicht rechtzeitig eingegriffen. Tatsächlich haben die USA in Komplizenschaft mit dem islamisch-faschistischen Izetbegovic-Regime den Bürgerkrieg um zwei Jahre verlängert und noch Hunderttausende von Toten und Vertriebenen in Kauf genommen, um 1995 das Dayton-Abkommen zu diktieren. Damit wurde in Bosnien-Herzegowina ein De-facto-Protektorat errichtet. Die ethnischen Spannungen sind nicht geringer geworden. Sie dienen als Vorwand für die Dauerpräsenz der NATO.

Ein De-facto-Protektorat der NATO

Nun soll mit der Lüge von der Notwendigkeit rechtzeitigen Eingreifens begründet werden, daß auch im Kosovo ein De-facto-Protektorat der NATO errichtet werden muß, diesmal allerdings gegen den Willen der Regierung in Belgrad und der überwältigenden Mehrheit Jugoslawiens.

Im Namen des Selbstbestimmungsrechts unterstützen die NATO-Mächte die reaktionärsten Kräfte des Albanertums. Westliche Politik instrumentalisiert für imperialistische Zwecke die finstere Ideologie des mono-ethnischen Nationalstaates. Diesem rassistischen Staatskonzept gemäß, das auch in Deutschland der Diskriminierung von Ausländern den ideologischen Impuls gab, wurden in Jugoslawien vormals gleichberechtigte Bürger zu diskriminierten Minderheiten im eigenen Lande gemacht. Belgrader Vorschläge für ein multi-ethnisches

Kosovo werden von der albanischen Seite mit Verhandlungsboykott beantwortet. In nicht zu überbietendem Zynismus macht der Westen Belgrad für die Zuspitzung der Lage verantwortlich. Die Medien des Kapitals verbreiten eine antiserbische Haßpropaganda, die alle zivilisatorischen Maßstäbe hinter sich läßt. Warum? Nicht weil, wie behauptet, Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen bei der Zerschlagung Jugoslawiens, die von Serben, Kroaten und Moslems begangen wurden, vor allem der serbischen Seite anzulasten sind. Tatsächlich waren große serbische Bevölkerungsteile am meisten von Vertreibung betroffen. Mit direkter und massiver amerikanischer Militärhilfe wurden Serben aus ihren traditionellen Siedlungsgebieten in Kroatien und Bosnien-Herzegowina vertrieben.

Das Hindernis auf dem Balkan

Die Serbenfeindlichkeit der Medien des Kapitals hat einen konkreten Grund: Das Land ist als einziges in Osteuropa nicht bereit, der NATO beizutreten und beeilt sich nicht wie andere osteuropäische Länder bei der Privatisierung des Volksvermögens. Außerdem liegt die „Schuld“ der Serben schon in ihrer geographischen Lage: Ein relativ starkes und unabhängiges Jugoslawien bildet ein natürliches Hindernis auf der Verbindungsrouten zwischen Westeuropa und Rußland, Mittelasien sowie dem östlichen Mittelmeer und dem Nahen Osten. Nicht zufällig war der Balkan der Brennpunkt von zwei Weltkriegen, die von Deutschland ausgingen.

Die NATO-Mächte sind nicht nur Verbündete. Wenn es um die Kontrolle des Balkans geht, sind sie Konkurrenten. Jeder möchte sich ein möglichst großes Stück der Beute sichern. Das Kapital braucht Märkte, Investitionsmöglichkeiten, Rohstoffe und Transportwege, z. B. für das Rohöl aus Mittelasien und Nahost. Soweit die USA den Europäern, vor allem Deutschland, bei der Ostexpansion des Imperialismus den Vortritt lassen, hat das vor

allem taktische Gründe. Das erste und letzte Wort hat die US-amerikanische Hegemonialmacht der NATO.

Die Einheit Jugoslawiens wurde zuerst von den USA in Frage gestellt, zunächst in verdeckter Form. Mit dem US-Auslandshilfegesetz für 1991 kürzte Washington ohne vorherige Warnung alle Hilfen an Jugoslawien. Weltbank und IWF wurden von den USA gedrängt, ein Gleiches zu tun. Das Gesetz, das am 5.11.1990, also ein Jahr vor dem Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkrieges, verabschiedet wurde, entzog dem Staat Jugoslawien implizit die Anerkennung und kündigte an, daß die USA statt dessen mit seinen konstituierenden Republiken verhandeln würden. Dies war die Voraussetzung dafür, daß Bonn die völkerrechtswidrige Anerkennung von Slowenien und Kroatien gegen



seine europäischen Partner erzwingen konnte.

Aufgrund des Bündnisses mit den USA konnte der deutsche Imperialismus seine Balkanpolitik auf traditionellen Gleisen wieder aufnehmen. Der vom Westen jahrzehntelang hoch subventionierte Tito-Staat hatte seine Schuldigkeit getan: Nach der Zerstörung der sozialistischen Staaten wurde Jugoslawien als angeblich besseres Modell nicht mehr gebraucht. Bonn setzte das jugoslawische Haus in Flammen. Washington goß Öl ins Feuer. Die Kriegsverlängerung diente dem Aufbau einer US-amerikanischen Militärpräsenz in Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Albanien und Monte-

negro. In Albanien das gleiche Bild deutschamerikanischer Rivalität in der Bündnispartnerschaft. Dort setzte die deutsche Albanien-Hilfe sogleich mit dem Wendejahr 1990 in großem Umfang ein. Sie umfaßte offizielle militärische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe der Bundeswehr für die albanische Armee, einschließlich einer gemeinsamen deutsch-albanischen Truppeneinheit des Ifor-Kontingents im kroatischen Zadar. Laut „Monitor“ kam es zu einer geheimen Zusammenarbeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) der Bundeswehr mit dem albanischen Geheimdienst SIKH. In Tirana wurde nach Informationen von „The European“ eine der größten Regionalvertretungen des BND errichtet. Gleichzeitig gab es Demokratie-Nachhilfe durch die CDU- und CSU-nahen politischen Stiftungen, insbesondere für die Partei des 1997 gestürzten korrupten und gewalttätigen Diktators Berisha. Dieser kontrolliert nach wie vor den nördlichen Teil des Landes. Dort verlaufen die wichtigsten Transportwege, auf denen albanische Mafia Drogen nach Westeuropa schmuggelt. Dort schleust auch die UCK ihre Terroristen und Warfen in den Kosovo ein. Nordalbanische Mafia und UCK sind eine Clan-Gemeinschaft und arbeiten Hand in Hand. Deutsch war laut „New York Times“ die erste Sprache der UCK. UCK-Banden wurden Ende 1998 von OSZE-Beobachtern in deutschen Feldanzügen gesichtet. Wegen der Ausbildung und Bewaffnung der Rebellen durch deutsche Geheimdienste soll es laut „The European“ 1997 zu einem ernsthaften Bruch zwischen CIA und BND gekommen sein. Noch im Februar 1998 bezeichnete der US-Botschafter in Mazedonien die UCK als terroristisch. Im Juli 1998 korrigierte der Sprecher des State Department.

Eine plötzliche taktische Wendung, typisch für das Spiel der Großmächte mit den Interessen der Völker. Die Supermacht USA war nicht gesonnen, die Destabilisierung der ganzen Region noch länger von den albanischen Abenteurern ihres deutschen Verbündeten ab-

hängig zu machen. Für sie gibt es nur die Alternative zwischen Destabilisierung und „Stabilität“ made in USA. Inzwischen ist Albanien faktisch eine US-Militärbasis. Die Kosovo-Exilregierung hat in Robert Dole, dem früheren Senator und republikanischen Präsidentschaftskandidaten, ihren offiziellen Sprecher. Public-Relations-Agent der albanischen Sezessionisten ist die US-amerikanische Firma Ruder-Finn, Erfinderin serbischer Konzentrationslager und vieler anderer durchschlagender Propagandalügen. US-Amerikaner fungieren als „Berater“ der Kosovo-albanischen „Verhandlungsdelegation“. Nun sollen UCK-Terroristen auch noch eine militärische Ausbildung in den USA erhalten. Dies versprach die US-Außenministerin ihrem albanischen Kollegen. Die Terroristen sollen unter US-Schirmherrschaft zu einer „Polizeitruppe oder politischen Einheit nach dem Vorbild des ANC“ mutieren (New York Times, 24.2.1999)

Der Deutsche Bundestag hat am 25. Februar 1999 für den NATO-Einsatz im Kosovo die Entsendung von bis zu 5.500 deutschen Soldaten und jährlich 620 Millionen DM bewilligt. Fischer und Scharping wollen „die Bundeswehr im Kosovo zum ersten Mal gleichberechtigt - das heißt in gleicher Stärke wie die USA, Großbritannien und Frankreich - stationieren“ (Berliner Zeitung, 24. 2. 1999). Das politische Personal hat in Bonn im vergangenen Herbst die Rollen gewechselt. Dies kommt der US-Strategie entgegen, denn Rot-Grün muß beweisen, daß es Schwarz-Gelb an atlantischer Beflissenheit nicht nachsteht. Die Regierung Schröder macht Tempo. Zwar ist der Vertrag, den die NATO militärisch durchsetzen will, noch nicht unterzeichnet. Zwar ist fraglich, ob die Zustimmung Belgrads zur NATO-Besetzung des Kosovo erzwungen werden kann. Zwar ist nicht abzusehen, welche gefährlichen Folgen eine handstreichartige Besetzung

des Kosovo durch die NATO haben würde. Doch für die Regierung ist höchste Eile geboten, um den Druck auf Milosevic aufrechtzuerhalten, wie es heißt. Die Öffentlichkeit wird überrumpelt. Die rechte Opposition ist da noch ein wenig mehr auf deutsche Großmachtinteressen bedacht. Hat Washington doch „alle anderen auch internationalen Organisationen, auch die Kontaktgruppe, völlig an die Wand gespielt“ (so der CDU-Abgeordnete und Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung der OSZE am 12. 1.1999 im Deutschlandfunk). Rühe und Schäuble wollen, daß die internationale Streitmacht allein der NATO unterstellt ist, denn dort rechnen sie sich größeren Einfluß auf ihren nordamerikanischen „Verbündeten“ aus.

Das bisherige Ausbleiben massiven Widerstands gegen eine Politik, die den Keim eines Flächenbrandes in sich trägt, ist bedrückend.

Zum 50. Jahrestag der NATO-Gründung Neue NATO-Strategie:

Faustrecht gegen den Rest der Welt

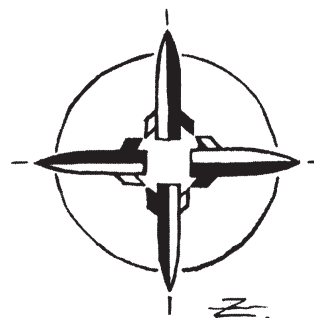
von Arno Neubert, aus UZ vom 2.4.1999

Im April 1999 will die NATO ein neues strategisches Konzept beschließen. Die Entwicklungen der letzten Monate haben deutlich gemacht, daß die USA die NATO als Vollstrecker ihres Anspruchs auf Weltherrschaft betrachten und dies auch so konzeptionell festgeschrieben sehen wollen.

Das amerikanische Sendungsbewußtsein zieht sich durch jede Rede der US-Außenministerin Albright: „Fast während meines ganzen Lebens hat Amerika im internationalen System eine führende Rolle gespielt. Und heute ist dieser Einfluß der amerikanischen Führungsrolle von den Straßen Sarajewos bis zu den Dörfern im Nahen Osten, von den Klassenzimmern Zentralamerikas bis zu den Gerichtssälen Den Haags spürbarer denn je. Das ist nicht das Ergebnis irgendeiner außenpolitischen Theorie. Es ist ein Spiegelbild des amerikanischen Charakters.“ (Rede in Washington am 30. 10. 98)

Das Konzept ist bisher nicht veröffentlicht worden. Was dennoch in die Öffentlichkeit drang, zeigt folgendes Bild: Die NATO soll vom vorgeblichen „Verteidigungsbündnis“ zur Militärmaschinerie für die Durchsetzung imperialistischer Interessen in aller Welt umgebaut werden. Dabei behalten sich die Pakt-Mitglieder das Recht vor, überall dort militärisch zu intervenieren, wo man das für geboten hält. Die ehemaligen amerikanischen Minister William Perry und Warren Christopher sehen es als „strategischen Imperativ“, daß die NATO „zur umfassenden Verteidigung amerikanischer und europäischer

Interessen in der Welt“ befähigt wird. Volker Rühe verlangte vor seiner Abwahl als Verteidigungsminister den Umbau der NATO zu einer Gemeinschaft „die ihre gemeinsamen Interessen schützen



kann und will." Und Wolfgang Schäuble erklärte auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 1999: „Die NATO muß an die neue geopolitische Situation angepaßt, und die Prioritäten und Kapazitäten der Allianz müssen neu auf die vitalen Interessen des Westens abgestimmt werden. Denn die Atlantische Gemeinschaft von Europäern und Amerikanern ist heute mehr denn je eine politische Gemeinschaft, und die Wahrung der Interessen dieser politischen Gemeinschaft bringt es mit sich, daß von den europäischen wie von den amerikanischen Partnern gefordert ist, sich wechselseitig über die territorialen Grenzen ihres kontinentalen Bündnisgebietes hinaus zu engagieren." (Europäische Sicherheit 3/99)

Geht es nach dem Willen der USA, soll bei künftigen Militäreinsätzen out-of-area sogar auf ein legitimierendes Mandat des UN-Sicherheitsrates verzichtet werden. Der Leiter der Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Karl-Heinz Kamp, beschreibt die Position der USA zur Mandatsfrage in einem Arbeitspapier so: „...Signalisierten die USA im Rahmen der Beratungen zum Strategischen Konzept frühzeitig, daß sie die Handlungsfähigkeit der NATO im Falle vitaler Herausforderungen nicht durch die Frage eines Mandates der Vereinten Nationen eingeschränkt sehen wollten. Statt dessen sollten militärische Operationen der NATO im Krisenfall auch ohne Legitimation des UNO-Sicherheitsrates möglich sein." (Kamp / Das neue strategische Konzept der NATO, August 1998)

Das Arbeitspapier vermerkt, daß in der Mandatsfrage alle NATO-Mitglieder, außer Frankreich, die Haltung der USA unterstützen. Der französische Außenminister Alain Richard hat auf der Münchner Tagung für Sicherheitspolitik im Februar dieses Jahres noch einmal dezidiert die französische Gegenposition dargelegt: „Bei allen Operationen, die nicht unter den Artikel 5 (= gegenseitige Beistandspflicht) fallen und

bei denen die Streitkräfte in Anspruch genommen werden, halten wir an der Legitimität fest, die ihnen durch die Autorität des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gegeben wird. Er allein ist in der Lage, dem Einsatz der Streitkräfte eine rechtliche Grundlage zu geben, und er ist das einzige legitime Organ, das eine Delegation an eine regionale Organisation durchführen kann." (Europäische Sicherheit 3/99) Frankreich hat diese Position auch konsequent bei der Ablehnung der amerikanisch-britischen Aggression gegen den Irak im Dezember 1998 durchgehalten.

Von der Schröder-Fischer-Regierung ist zu erwarten, daß sie sich in den NATO-internen Debatten letztlich nicht gegen die USA stellen wird. NATO- und US-Treue hat sie bereits in der Kosovo-Frage hinlänglich bewiesen. Außenminister Fischer betont in seinen Reden zwar noch, daß Militärinterventionen ohne UNO-Mandat die Ausnahme bleiben und nicht die Regel werden sollen, gleichzeitig beschwört er aber ständig die Bedeutung der NATO „als unverzichtbares Instrument für die Stabilität und Sicherheit Europas sowie für den Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung." (Rede auf der Sitzung des NATO-Rats vom 8.12.98)

Verteidigungsminister Scharping hat seinen Völkerrechtsnihilismus bereits in seiner Rede während der Bundestagsdebatte zum Kosovo-Einsatz vom 16.10.98 deutlich gemacht: „Im übrigen werden wir uns für die Zukunft - auch da will ich deutlich machen, daß die eigentliche Aufgabe erst in der Zukunft liegt - mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob man mit der Charta der Vereinten Nationen ... noch in der Lage sein wird, anderen, völlig veränderten Konfliktlagen innerhalb von Staaten und zwischen Staaten gerecht zu werden. Dahinter steckt das notwendige Ziel, daß man diesem Handeln schrittweise die notwendige Verrechtlichung folgen lassen muß; denn sonst würde man das Ziel, das wir verfolgen, außer acht lassen." Scharping wandelt also ganz auf den Spuren Rühes.

Erst Fakten schaffen mit einem völkerrechtswidrigen Militäreinsatz gegen Jugoslawien und danach das Recht den Fakten anpassen.

Drohung mit Ersteinsatz von Atomwaffen

Teil der künftigen NATO-Strategie wird auch weiterhin das angemäße Recht sein, Atomwaffen als erste einzusetzen. Im Juli 1996 hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag bereits die Androhung eines Atomwaffeneinsatzes für völkerrechtswidrig erklärt. Aber auch hier geht für die NATO Faustrecht vor Völkerrecht. Der deutsche General Naumann, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, erklärt Atomwaffen zu einem Mittel, dessen „bloße Existenz ... ein außerordentlich hohes Maß an Unsicherheit über die Reaktion der Allianz" bewirkt (Die Welt, 30.11.98) und wischt so die Bemühungen um Berechenbarkeit in der internationalen Politik vom Tisch. Mit ihrer Ersteinsatzoption untergräbt die NATO alle Versuche, die Weiterverbreitung von Atomwaffen vertraglich zu unterbinden, weil jeder Staat auf ein legitimes Bedürfnis nach Schutz vor NATO-Atomwaffen verweisen kann.

Hinter den Debatten um eine neue NATO-Strategie schimmert unverhohlen der Anspruch der USA auf globale Vorherrschaft durch.

Seit 1987 legen die amerikanischen Präsidenten jährlich eine „Nationale Sicherheitsstrategie" vor. Bereits im Papier von 1990, das natürlich stark unter dem Eindruck der Gorbatschowschen Politik in der SU stand, wurde auf die künftigen Machtverhältnisse im westlichen Block das Augenmerk gerichtet. „Eine der dramatischsten strategischen Entwicklungen der 90er Jahre wird die neue Rolle Japans und Deutschlands als erfolgreiche Demokratien sowie als wirtschaftliche und politische Führungsnationen sein."

Im März 1992 veröffentlichte die Washington Post eine interne Studie des Pentagon, in der es heißt, herausragende Aufgabe amerikanischer Außenpolitik sei es zu verhin-

dern, daß in der Welt eine neue Supermacht neben den USA heranwächst. Das Papier zielte ausdrücklich auf Deutschland und Japan.

Bestrebungen der Europäer, eigene militärische Strukturen aufzubauen, werden in den USA mit Argusaugen beobachtet. Solche Bestrebungen werden nur innerhalb der NATO geduldet. Das CJTF-Konzept soll es ermöglichen, NATO-Gerät und Kommandos auch für eigene Militäraktionen der Europäer zu nutzen. Eine „Combined Joint Task Force“ ist eine Interventionsstreitmacht aus Truppenteilen verschiedener NATO-Staaten (Combined) und Teilstreitkräften (Joint), die nur für einen bestimmten Einsatz gebildet und anschließend wieder aufgelöst wird (Task Force). Allerdings behalten auch hier die USA in jedem Fall die Kontrolle, die Kommandogewalt liegt jeweils in den Händen von US-Offizieren. Die vielbeschworene „Teilung von Lasten und Verantwortung“ in der NATO verstehen die USA in der Praxis als Zuteilung von Lasten und Delegation von Verantwortung durch die Führungsnation USA.

USA: Militärmacht Nr. 1

Die USA sind entschlossen, ihre militärische Überlegenheit auch künftig zu sichern und auszubauen. Anfang des Jahres verkündete Präsident Clinton ein auf sechs Jahre ausgelegtes Programm, mit dem zusätzliche 100 Milliarden Dollar in die US-Militärmaschinerie gepumpt werden sollen. Neben der Erhöhung des Soldes, wird das Geld v.a. in die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber und Kriegsschiffe fließen. Dabei beträgt der US-Rüstungshaushalt mit rund 270 Milliarden Dollar jährlich bereits heute das zehnfache z.B. der russischen Ausgaben. Die USA geben damit auch ein vielfaches dessen aus, was alle angenommenen „Feindstaaten“ von China bis Kuba zusammen in Rüstung investieren.

US-Außenministerin Madeleine Albright am 30.10.98: „Zweifelsoh-

ne verlangt die Sicherheit der Amerikaner mehr als Verträge. Wir brauchen die beste Verteidigung, die wir entwickeln, die besten Nachrichtendienste, die wir aufbauen und die beste Eventualfallplanung, die wir vorbereiten können... Unsere Flagge wird weiterhin dort wehen, wo wir Interessen zu verteidigen haben. Der Präsident hat Mittel angefordert, um unser Volk besser schützen zu können, und diese wurden vom Kongreß auch bewilligt. Wir werden den Kampf gegen den Terrorismus an allen Fronten, auf allen Kontinenten, mit allen Mitteln Tag für Tag führen.“

Die USA haben es in den zurückliegenden Jahren verstanden, den internationalen Waffenhandel weitgehend unter ihre Kontrolle zu bringen. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI beträgt der Marktanteil der USA am Handel mit konventionellen Großwaffen 46 Prozent. Bei den Geschäften der 100 größten Rüstungskonzerne der Welt entfallen 55 Prozent auf US-Firmen und 35 Prozent auf westeuropäische Konzerne.

Für die USA geht es nicht nur darum, daß die Europäer ihren Führungsanspruch akzeptieren und notfalls alimentieren (wie im Golfkrieg) - sie sollen ihn künftig auch exekutieren. Forsch drängten Clinton und Albright auf Krieg gegen Jugoslawien. Die Bodentruppen für die zu erwartenden verlustreichen Kämpfe sollen die Europäer stellen.

Neuer Kalter Krieg gegen Rußland

Die USA ließen in den letzten Monaten keine Gelegenheit aus, die Idee einer Sicherheitspartnerschaft mit Rußland ad absurdum zu führen. Beim Besuch der US-Außenministerin Albright in Moskau im Januar dieses Jahres wurde den Gastgebern gedroht, daß die USA aus dem ABM-Vertrag aussteigen werden, wenn Rußland nicht die US-Pläne zum Aufbau einer Raketenabwehr akzeptiert. Die USA wollen in den nächsten fünf Jahren ihre Ausgaben für ein Abwehrsystem gegen Interkontinentalraketen

mehr als verdoppeln. 10,6 Milliarden Dollar sollen dafür bis zum Haushaltsjahr 2005 fließen. Das System verstößt gegen den 1972 mit der Sowjetunion abgeschlossenen Raketenabwehrvertrag, der ein Gleichgewicht des atomaren Schreckens sichern sollte. NATO-Generalsekretär Klaus Naumann sekundiert wieder einmal den USA, wenn er frech erklärt: „Rußland hat von seinem Weltmachtstatus nur noch die Nuklearwaffen behalten, kann und will jedoch noch nicht wahrhaben, daß es nur noch eines von mehreren regionalen Zentren darstellt.“ (Europäische Sicherheit 2/99) Zu gerne würden die USA die russischen atomaren Langstreckenraketen per Abfangsystem wertlos machen

Mit der NATO-Ostexpansion, mit der Einbeziehung der ehemaligen Sowjetrepubliken in Mittelasien und der baltischen Länder in das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“, mit der immer stärkeren NATO-Anbindung der Ukraine und der Ausschaltung ehemaliger Verbündeter der UdSSR als „Schurkenstaaten“ wäre die Einkreisung Rußlands nahezu perfekt.

Seit 1991 bereits investieren die USA in die russische Atomwissenschaft und -wirtschaft. In den vergangenen Jahren wurden 4400 russische Waffenexperten „im Rahmen eines amerikanischen Programms“ angestellt, das angeblich „russisch-amerikanische Gemeinschaftsunternehmen fördert. Weitere 17000 Wissenschaftler aus Rußland und der Ukraine seien in nichtmilitärischen Forschungsprojekten beschäftigt worden“. (FAZ 25.1.99) Im vergangenen Jahr wurde eine russisch-amerikanische Initiative gegründet, die innerhalb der nächsten sieben Jahre 50000 Arbeitsplätze für russische Atomspezialisten schaffen soll. Angeblich soll damit die Abwanderung von Atomspezialisten und -wissen in Länder der Dritten Welt verhindert werden. Mehr und mehr keimt in Moskau aber die Sorge auf, daß man klammheimlich von den USA atomar enteignet wird. Die FAZ urteilt: „Die amerikanische Entscheidung für ein Raketenabwehrsystem

könnte darauf hindeuten, daß man in Washington nicht mehr auf die Ratifizierung von Start-2 und weitere Abrüstungsverträge setzt. Washington scheint einerseits auf Raketenabwehr zu setzen und sich andererseits darauf zu verlassen, daß Rußland aus Geldmangel sowieso weiter abrüsten muß." (FAZ 25.1.99) Am 19.12.98 zitierte die FAZ ausführlich aus einem Artikel der „Moskowski Komsomolez", in der die russischen Befürchtungen ungeschminkt dargelegt werden: „Niemand nimmt Rücksicht auf uns, und bei vielen stellt sich schon die Frage, ob Rußland nicht in die gleiche Warteschlange kommt, in der der Irak und Jugoslawien kopfhängend vorn stehen. Rußland hat ja auch Betriebe zur Produktion von Atom-, Chemie- und bakteriologischen Waffen."

Europa: Imperialistische Konkurrenz statt Alternative

Das europäische Konzept einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist keine Alternative zur imperialistischen Politik der USA. Es ist das Konzept eines konkurrierenden imperialistischen Zentrums, das versucht, Stück um Stück amerikanische Dominanz zurückzudrängen und sich Spielraum zu verschaffen für die Durchsetzung eigener politischer Interessen mit militärischen Mitteln. Das geht vom Streit um NATO-Kommandoposi-

tionen, die Aufstellung eigener Eingreiftruppen und Spezialeinheiten, den Aufbau von Lufttransportkapazitäten für Interventionen in aller Welt, bis zur Unterstützung der europäischen Rüstungsindustrie beim Aufbau von Superkonzernen, die den US-Riesen auf dem Weltwaffenmarkt Konkurrenz machen sollen.

Auch unter deutschem EU-Ratsvorsitz wird die Militarisierung europäischer Außenpolitik forciert. Außenminister Fischer legte beim Treffen der EU-Außenminister Anfang März in Eltville ein Diskussionspapier vor, das auf eine Forcierung bei den sog. Petersberg-Aufgaben drängt. Neben „Einsätzen unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO" (FR 15.3.99) sollen die Europäer auch ohne NATO-Ressourcen (CJTF-Konzept) militärisch operieren können. Dazu soll die EU „Kapazitäten zur Situationsanalyse, nachrichtendienstliche Quellen und die Fähigkeit zu entsprechender strategischer Planung" erhalten. Außerdem soll ein EU-Militärausschuß installiert werden, ein militärischer Stab, ein Satellitenzentrum und ein Institut für Sicherheitsstudien. Verteidigungsminister Scharping hat den „erweiterten Sicherheitsbegriff" seines Vorgängers von der CDU übernommen. „Kategorien wie territoriale Bedrohung und territoriale Verteidigung" gelten ihm als hoffnungslos veraltet. Er will unter Be-

zugnahme auf deutsche oder europäische „Sicherheitsinteressen" dort militärisch eingreifen und „krisenhaften Entwicklungen dort entgegenzutreten, wo sie entstehen" (Europäische Sicherheit 3/99), bevor sie auf das NATO-Gebiet übergreifen können.

Da fällt es der CDU-"Opposition" in militärischen Fragen richtig schwer, noch einen draufzusatteln. Der außenpolitische Sprecher der CSU/CDU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, schafft es im Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 21.12.98: „In einer Welt, die in jeder Hinsicht globalisiert ist und in der angesichts der Raketenreichweiten die unmittelbare Nachbarschaft nicht mehr ausschlaggebend ist für die Bedrohungssituation, ist auch die Sicherheit globalisiert. Trotzdem grenze ich unseren potentiellen Handlungsraum ein. Ein Gebiet ganz besonderen europäischen und damit auch deutschen Interesses ist die süd- und südöstliche Nachbarschaft Europas, die arabisch-islamische Welt." Frage des FR-Korrespondenten: „Sie definieren also Nordafrika und den Nahen Osten als Interessengebiet der NATO?" Antwort: „Jedenfalls der Europäer und der Amerikaner. Der Nahe Osten heißt ja nicht Naher Osten, weil er nahe an Amerika liegt, sondern weil er nahe an Europa liegt."

Egon Bahr hat im „Friedensgutachten 1998" auf bemerkenswerte Weise zum Interessensbegriff argumentiert: „Als begrifflicher Fokus hat sich die Formel von der 'Verteidigung gemeinsamer Interessen' fest etabliert. Sie bietet unbegrenzte Auslegungsmöglichkeiten ... Verteidigung gemeinsamer Interessen heißt im Klartext: Durchsetzung politischer Ziele mit militärischen Mitteln." Und im abschließenden Urteil: „Verteidigung bedeutet Abwehr eines Angriffs auf ein eigenes Rechtsgut. Intervention be-

MARXISTISCHE BLÄTTER
Special

Ca. 60 Seiten,
Verkaufspreis 5,80 DM.
Auslieferung am 27. April
– rechtzeitig vor dem 1. Mai!

- 1-4 Hefte 5,00 DM/Heft
- + 3DM Versandkostenpauschale
(nur Vorkasse: VR-Scheck
oder Briefmarken)

Portokostenfrei auf Rechnung:

- ab 5 Hefte 5,00 DM/Heft
- ab 20 Hefte 4,50 DM/Heft
- ab 50 Hefte 4,00 DM/Heft

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen
Tel. 02 01/20 00 06
Fax 02 01/2 43 71 27

NATO-Krieg

und Kosovo-Konflikt

Hintergründe • Zusammenhänge • Perspektiven



Beiträge von
Noam Chomsky,
Michel Chossudovsky,
Edward S. Herman,
Hannes Hofbauer,
Diana Johnstone,
Jan Myrdal,
Arno Neuber,
Werner Pirker,
George Punphrey,
Klaus von Raussendorff,
Peter Strutyński
u. a. m.

deutet Einmischung und Eingriff in Rechtsgüter anderer. Wenn dazu das Eigeninteresse als Legitimation ausreichen sollte, wäre jene Grenze

überschritten, die zulässige von unzulässiger Kriegsführung unterscheidet und Völkerrecht von Faustrecht."

>Arno Neuber ist Sprecher der DKP Baden-Württemberg und Beirat der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. in Tübingen.

Ein Grundsatzdokument zum 50. Geburtstag der NATO: Out of Area, Selbstmandatierung, Osterweiterung und Erstschlagdoktrin

Die Neue Weltordnung unter NATO-Kommando

von Georg Grasnick, aus UZ vom 30.4.1999

Die NATO begeht den 50. Jahrestag ihrer Gründung. Ihre Konstituierung 1949 war die endgültige Absage an die Gemeinsamkeiten der Anti-Hitler-Koalition und der Beginn der militärischen Blockkonfrontation in Europa. Ein halbes Jahrhundert später ist die geopolitische Situation in Europa und in der Welt grundlegend verändert. Die Führungsmacht der NATO ist die einzige Supermacht.

„Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel (...), mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politische Geltung verschaffen können", schreibt Z. Brzezinski, Vordenker und Berater mehrerer USA-Präsidenten. Washington hat diese von Brzezinski beschriebene Fähigkeit in den vergangenen Jahren wiederholt mit militärischen Mitteln demonstriert. „Ganz sicher muß Amerika auch weiterhin die Welt anführen, in deren Gestaltung wir so viel investiert haben. Wenn jemand unsere vitalen Interessen bedroht (...), werden wir handeln - (...) wenn nötig mit militärischer Gewalt." So das Credo von Bill Clinton, formuliert in seiner Rede zur Amtseinführung als Präsident.

Das „amerikanische Jahrhundert"

Sein Vorgänger Bush hatte verkündet, eine diesem Anspruch adäquate „Neue Weltordnung" zu schaffen. Eine Weltordnung, wonach das 20. Jahrhundert das „amerikanische Jahrhundert" sei. In den US-Medien wurde zunehmend Siegermentalität zur Schau getragen. Geopolitischer Triumphalismus beherrschte mehr und mehr die Politik und wurde in den Medien reflektiert. Starkolumnist Charles Krauthammer jubelte: „Amerika regiert die Welt - Gott sei Dank. Wir haben

in diesem Jahrhundert drei Weltkriege gewonnen, den Ersten, den Zweiten und den Kalten, und wir haben das Recht, jetzt die Beute einzufordern. Dominanz? Wir haben sie auf die altmodische Weise erworben." Und Kolumnist Richard Reeves euphorisch in der International Herald Tribune: „Das amerikanische Jahrhundert setzt sich einfach fort und fort. Wir können allen Nationen sagen, wie sie ihre Politik gestalten sollen." In der idealen Auffüllung dessen, was „Neue Weltordnung" zu sein habe, wurde das Recht des USA-Imperialismus festgeschrieben, die Welt mit seinem Verständnis von Freiheit und Demokratie zu beglücken.

Welche Rolle diese Ordnungsauffassung auch gegenüber Europa und den europäischen Partnern der USA spielt, verrät Brzezinski: „Tatsache ist schlicht und einfach, daß Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern." Sind die Horte der Demokratie und der Freiheit auf unserem Kontinent eigentlich besser zu charakterisieren?

Westliche Werte für den ganzen Erdball

Die bundesdeutschen Kriegsparteiler, die in den letzten Wochen ihre NATO-Treue und

Verbundenheit mit den USA so begeistert bekundeten, holt Brzezinski auf den Boden der Realität zurück, wenn er schreibt: „Die NATO bietet nicht nur den institutionellen Rahmen für die Ausübung amerikanischen Einflusses auf europäische Angelegenheiten, sondern auch die Grundlage für die politisch entscheidende Militärpräsenz der USA in Westeuropa.

Der „Neuen Weltordnung" zufolge sollen also die gerade in diesen Tagen so viel beschworenen westlichen Werte über den ganzen, in unserer Zeit so klein gewordenen Erdball getragen werden. Der in kürzester Zeit zum bundesdeutschen Kriegsminister avancierte Rudolf Scharping interpretiert, daß „die westlichen Demokratien eine Verantwortung dafür haben, daß sich dieses globale Dorf demokratisch entwickelt."

Als ökonomische Hebel wirken IWF und Weltbank. Brzezinski dazu „Als Teil des amerikanischen Systems muß (...) das weltweite Netz von Sonderorganisationen, allen voran die internationalen Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offiziell vertreten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweite Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert (...)" Die NATO soll die „Neue Weltordnung" mittels militärischen Drucks oder durch militärische Aktionen

überall dort erzwingen, wo sich Widerstand gegen neoliberalen Kurs und westliche Wertegemeinschaft, also gegen Protektoratspraxis oder Vasallenschaft zeigt.

Zum 50. ein Grundsatzdokument

Zum 50. Jahrestag der Allianz soll ein entsprechendes strategisches Grundsatzdokument verabschiedet werden. Seit mehreren Jahren wurde an seiner Formulierung gearbeitet. Die ehemaligen Verteidigungsminister Christopher und Perry und ihr Amtsnachfolger Cohen lieferten die Stichworte und Eckpunkte.

1. Out of area

Erstens geht es dabei um die globale Rolle und Funktion der Allianz, um die Erweiterung des Einsatzgebietes. USA-Außenministerin Albright spricht von der „Verteidigung gemeinsamer Interessen“. Gemeint sind primär die „vitalen Interessen“ des USA-Imperialismus und was dann noch für seine deutschen, englischen und französischen Rivalen abfällt. Die sollen künftig von der NATO nicht mehr nur regional, sondern weltweit gewährleistet werden. Und damit die strategischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen und Ziele vor allem der USA gesichert sind, hat sich die NATO zum Interventionsbündnis gemausert. Was im strategischen Grundsatzdokument nun fixiert werden soll.

Einen Tag vor der NATO-Aggression gegen Jugoslawien erläuterte übrigens Clinton die hier berührten „vitalen Interessen“ der Supermacht: „Europa ist der Schlüssel zu einer langfristig starken USA-Wirtschaft und für Chancen des Landes, seine Waren weltweit ungehindert zu vertreiben.“ Deshalb müsse „die Unruhe auf dem Balkan beendet werden, weil sie das Potential zu einem über Jugoslawien hinausreichenden Krieg hat.“ Nun bietet der EU-Wirtschaftsraum mit Hunderten Millionen Verbrauchern und Rußland mit seinen umfangreichen Bodenschätzen ein ideales Feld für die Kapital-

verwertung und für die Realisierung von Extraprofiten der USA-Multis.

Verwiesen wird auch darauf, daß der Anteil der USA am globalen Bruttosozialprodukt von 50 Prozent nach dem Zweiten Weltkrieg auf 30 Prozent nach dem Kalten Krieg zurückgegangen ist. Nach Brzezinski konnten die USA „um das Jahr 2020 auf ungefähr 10 bis 20 Prozent abfallen.“ Insofern muß die „Neue Weltordnung“, gestützt auf militärische Mittel, Vorsorge treffen und Jugoslawien „befrieden“ um die ungestörte Führung durch den USA-Imperialismus auch auf dem Balkan zu sichern. Und was hier gilt, habe globale Bedeutung. Der Chef des US-Marinekorps AI Gray doziert: „Weil die USA auf den Zugang zu Auslandsmärkten und zu den notwendigen Ressourcen für die Bedürfnisse unserer Industrie“ angewiesen seien, Konflikte im Süden dies aber gefährdeten, „müssen wir eine glaubwürdige Interventionskapazität bewahren, flexibel genug, auf die Konflikttypen überall in der Welt zu antworten.“ Die US-Administration hat folglich den Rüstungsetat bereits im vergangenen Jahr erhöht und für die folgenden sechs Jahre um über 100 Milliarden Dollar aufgestockt.

„Europas Musterknaben“

Bekanntlich hat auch Scharping zusätzliche finanzielle Wünsche angemeldet, wobei die Bundeswehr, gemäß der Orientierung des Pentagon, den Aufbau von Krisenreaktionskräften forciert. Auch unter sozialdemokratischer Führung soll die zweifelhafte Ergebnislosigkeit Deutschlands gegenüber den USA erhalten bleiben, wonach sie, wie Brzezinski es ausdrückt „zu Europas Musterknaben und zum stärksten Anhänger Amerikas in Europa“ werden.

Tatsächlich hat das rosa-grüne Bonner Kabinett sich diensteifrig beeilt, dem Beschluß Washingtons für einen unerklärten Krieg gegen Jugoslawien zu folgen und damit - out of area - erneut von deutschem Boden aus Krieg, und zwar gegen einen UNO-Mitgliedsstaat, anzuzetteln

2. Selbstmandatierung

Ein zweiter Eckpunkt im neuen strategischen Grundsatzdokument betrifft das Verhältnis der NATO zum Völkerrecht. Mit dem unerklärten Krieg gegen Jugoslawien hat die NATO auf Geheiß ihrer Führungsmacht, ohne Zustimmung des Sicherheitsrates, die UNO-Charta sowie das Grundgesetz und den 2+4 Vertrag wie Fetzen Papier behandelt. Was Recht ist in den internationalen Beziehungen soll künftig von den USA bestimmt und von der NATO „vermittelt“ werden. Die Selbstmandatierung der NATO wurde damit gerechtfertigt, daß es um den Schutz der Menschenrechte und somit um eine „humanitäre Aktion“ gehe. Das Ergebnis? Serben, Kosovaren und Montenegriner sind Opfer der NATO-Menschenrechtsaktion geworden. Das Flüchtlingsdrama im Kosovo wurde regelrecht herbeigebombt. In der Bundestagsdebatte vom 15. April gestand dies - wohl unfreiwillig - SPD-Fraktionsvorsitzender Struck mit den Worten ein, daß sich seit der vorigen Bundestagssitzung, also seit dem 25. März, die Entwicklung im Kosovo dramatisch zugespitzt hatte. Täglich und stündlich wurde Bürgern, Zivilisten Jugoslawiens, in Serbien, im Kosovo und in Montenegro durch den NATO-Luftterror das elementare Menschenrecht, das Recht auf Leben genommen.

Humanitäre Katastrophe ist nun programmiert

Der deutschen Öffentlichkeit sind im Rahmen der psychologischen Kampfführung der NATO Tag für Tag die erschütternden Bilder vom Flüchtlingsdrama im Kosovo nahegebracht worden. Im wesentlichen ausgeblendet blieben dagegen die Vernichtung von Wasserkraft-, Elektrizitäts- und Heizkraftwerken, die Einäscherung von Landmaschinen- und Düngemittelfabriken, die Auslöschung der Infrastruktur in Serbien und Montenegro. Die Nachrichten über die Zerstörung von Ölraffinerien und Chemiebetrieben verschwiegen, daß mit den Wirkungen dieser

Bombardierungen eine Variante des chemischen Krieges praktiziert wird. Mit den Folgen der Vernichtungsaktion gegen Jugoslawien ist eine jahrzehntelange humanitäre Katastrophe für die Menschen dieses Landes programmiert. Die NATO, die sich anmaßt, Menschenrechte mit Bomben und Raketen eintreiben zu wollen, ist zum Faustrecht in den internationalen Beziehungen zurückgekehrt. An die Stelle der bisher faktisch als Grundgesetz für die internationalen Beziehungen geltenden und wirkenden UNO-Charta soll die Pax Americana die „Neue Weltordnung“ treten.

Abwertung und Diskriminierung der UNO

Die NATO piff auf ein UNO-Mandat. Sie schritt mit der Entscheidung des NATO-Rates vom 8. Oktober 1998 für Luftangriffe auf Jugoslawien zur Selbstmandatierung. USA-Außenministerin Albright betonte in diesem Zusammenhang, die NATO sei „keine Filiale der UNO“. Ein UNO-Mandat sei noch die Ausnahme. Und der deutsche Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Naumann befand, die NATO sei „nicht der Mandatsempfänger der UNO“.

Die NATO werde sich, so hatte die US-Administration bereits im Herbst 1998 zu verstehen gegeben, als Ordnungsmacht in Europa „bewähren“. Schon in Bosnien war die Entmündigung der UNO durch die USA regelrecht vorgeführt worden. Und eine systematische Abwertung und Diskriminierung der UNO als Einrichtung des globalen Interessenausgleichs durch die USA mit Hilfe ihres Veto gegen wichtige Anliegen und Forderungen der Völkergemeinschaft war seit Jahrzehnten betrieben worden. Die „Neue Weltordnung“ kennt für die internationalen Beziehungen nicht das Streben nach Konsens und Kompromiß. Sie braucht nicht das Prinzip der souveränen Gleichheit, nicht das Bemühen um Übereinkunft. Sie schätzt politische Lösungen in internationalen Streitfragen gering. Diese Ordnung steht für die weitere Mili-

tarisierung der internationalen Beziehungen. Die NATO ist ihr Instrument. Erst nach drei Wochen Krieg gegen Jugoslawien, nach dem Scheitern eines erhofften Blitzkrieges, erst in der Sackgasse ihres kriegserischen Treibens erinnerten sich bundesdeutsche Politiker, daß es so etwas wie Politik und Diplomatie gäbe. Erst nach drei Wochen Vernichtungskrieg erinnerten sie sich wieder daran, daß Rußland möglicherweise eine Schlüsselrolle bei der Lösung des kriegserischen Konflikts spielen könnte - nachdem man Bemühungen des russischen Ministerpräsidenten Primakow barsch zurückgewiesen und ihn in Bonn hatte regelrecht abblitzen lassen. Wenn sich die Handlungsweise der NATO gegen das internationale Völkerrecht durchsetzen sollte, wäre das Ende der Nachkriegsordnung erreicht, kehrte die Welt in die Vor-UNO-Ära zurück.

3. Weitere Osterweiterung

Der NATO-Vormarsch gen Ost soll als drittes Element im strategischen Grundsatzdokument der NATO verankert werden. Mit dem Vorrücken der NATO an die russische Grenze wurde die Teilung Europas weiter vertieft in Mitgliedsländer der NATO, in Länder, die nach der Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik als Aspiranten für eine spätere Runde aufgenommen werden sollen, in Länder, die sich danach die Aufnahmeerlaubnis zu verdienen haben, und in Rußland, dessen Aufnahme von der Allianz generell abgelehnt wird.

Schachbrett Eurasien

Mit dem Vorrücken der NATO wurde Rußland nicht nur gedemütigt und provoziert Unterschwellig wurde auch das „Feindbild Rußland“ revitalisiert. Anhaltende Diskussionen über eine mögliche NATO-Aufnahme der baltischen Staaten sind nicht gerade dazu angehtan, das Verhältnis zu Rußland zu verbessern. Als vor zwei Jahren der russische Deutschlandexperte Portugalow von der Absicht des We-

stens sprach, Rußland in der Perspektive zu zerstückeln und als Großmacht zu zerstören, da schien für manchen diese Wertung wie eine Unterstellung, zumindest als Übertreibung.

Inzwischen sind mit der sogenannten NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ bereits im Kaukasus und in Mittelasien der Allianz potentielle Verbündete gewonnen worden, die an Manövern des Paktes teilnehmen. Georgiens Präsident Schewardnadse beschäftigt der Gedanke einer späteren NATO-Mitgliedschaft seines Landes. In Aserbaidshan wird von führenden Politikern des Landes laut darüber nachgedacht, der NATO die Errichtung von Stützpunkten zu gestatten. Die Ukraine erfreut sich des zunehmenden Interesses Washingtons und der NATO-Stäbe. Die Teilnahme von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte an NATO-Manövern wird üblich. Usbekistan und Aserbaidshan verhandeln mit dem NATO-Mitglied Türkei über partnerschaftliche Beziehungen im militärischen Bereich.

Vor allem geht es dem USA-Imperialismus darum, Rußlands Kontrolle über die reichen transkaukasischen Erdgas- und Erdölvorkommen zu eliminieren und die Profitinteressen der USA-Konzerne zur Geltung zu bringen. Brzezinski dazu: „Die Staaten, die Amerikas stärkste geopolitische Unterstützung verdienen, sind Aserbaidshan, Usbekistan und (außerhalb dieser Region) die Ukraine, da alle drei geopolitische Dreh- und Angelpunkte darstellen.“ Im Hinblick auf die Gestaltung der „Neuen Weltordnung“ mißt Brzezinski Europa und Asien und ihrem enormen Potential einen entscheidenden Stellenwert bei. 75 Prozent der Weltbevölkerung sind hier konzentriert. 60 Prozent des globalen BSP werden hier erbracht. Drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen sind hier zu verzeichnen. Der größte Teil des materiellen Reichtums unserer Erde steckt in Eurasiens Boden. Insofern gilt die besondere Aufmerksamkeit und Aktivität der USA-Politik und des Pentagon diesen Erdteilen „Eurasi-

en ist mithin das Schachbrett", konstatiert Brzezinski, „auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“

Die NATO steht in diesem Kampf, wie man sieht, mit ihrer „Osterweiterung“ an vorderster Front. Mit dieser geostrategischen Erweiterung des NATO-Bereichs wird die europäische Sicherheit untergraben, werden weitere Abrüstungsschritte erschwert, das Rüstungsgeschäft wird weiter angekurbelt.

4. Erstschlagsdoktrin bleibt enthalten

Vierter Eckpunkt im strategischen Grundsatzdokument, den Clinton zum 50. Jahrestag der NATO hervorheben wird, ist die Beibehaltung der Kernwaffen-Erstschlagsdoktrin als „Beitrag für den Frieden“. USA-Kriegsminister Cohen hat dies als unverzichtbar für

die NATO-Strategie bezeichnet. Sein Amtskollege Scharping hat ihm bei seinem Antrittsbesuch in Washington vorbehaltlos und dienstestrig beigepllichtet.

Diese Doktrin sei erforderlich zur Abschreckung kernwaffenbesitzender Staaten, nicht zuletzt solcher Staaten, die im Besitz chemischer und biologischer Waffen seien. Unter diesem Aspekt gewinnen sub-strategische Kernwaffen erneut an Bedeutung. Sie erhalten ein Eigen-gewicht in der NATO-Strategie. 180 sub-strategische US-Kernwaf-fen lagern bekanntlich weiterhin auf unserem Kontinent. Jede dritte da- von auf deutschem Boden. So of- fenbart sich am Ende dieses Jahr-hunderts, das zwei von deut- schem Boden in die Welt getragene verheerende Kriege sah, daß mit der Etablierung einer „Neuen Weltord- nung“ durch die einzige Super- macht, humanitäre Lehren in den Wind geschlagen und statt dessen

vor allem drei Ziele verfolgt wer- den:

1. Einmal die Legitimation für die NATO zur Wiedereinführung und Praktizierung des imperialisti- schen Gewaltmonopols.

2. Zum anderen die Beibehal- tung der atomaren Erstschlagsdok- trin sowie die Fortsetzung der Hochtechnologierüstung unter Zu- grundelegung der Testergebnisse aus den Aggressionsakten gegen den Irak und gegen Jugoslawien.

3. Und schließlich die Liquidie- rung des durch die UNO-Charta ge- setzten internationalen Völkerrechts und seine Ersetzung durch das Faustrecht der „Moderne“ - das NATO-Recht zur Intervention, wo und wann immer die „vitalen Interessen“ des USA-Imperialis- mus es gebieten.

Soll so die Vision für das neue Jahrhundert aussehen?

Der Balkankrieg und die „neue Weltordnung“

von George Pumphrey, aus UZ vom 23.4.1999

Die Westeuropäer waren schon immer sehr überzeugt von ihrem „Recht“, andere Völker ihrem Willen zu unterwerfen. Früher wurde das mit dem Christentum gerechtfertigt. Wenn die Spanier z. B. ein neues Land „entdeckten“, lasen sie den Menschen, die dort lebten, Texte wie diesen vor:

„Ich flehe Euch an, die Kirche als Eure Mutter und im Namen des Papstes den König als den Herrn Eures Landes anzunehmen und sei- nen Anordnungen zu folgen. Wenn Ihr es nicht tut, dann sage ich Euch: mit Gottes Hilfe und mit Gewalt werde ich gegen Euren Willen bei Euch eindringen. Ich werde Krieg führen überall und mit allen Mitteln. Ich werde Euch dem Joch der Kir- che und des Königs unterwerfen und Ihr werdet ihnen gehorchen. ... Für den Tod und die Verwundun- gen, die Ihr von nun an erleiden müßt, seid Ihr selbst verantwortlich und nicht der König oder die Gen- tlemen, die mich begleiten.“ Heute heißt es nicht mehr Kirche und Kö- nig, sondern „westliche Werte“ und „freier Markt“. Wie in den Zeiten der Conquistadores ist dem Krieg gegen ein militärisch schwächeres

Volk ein Ultimatum vorausgegan- gen. Ein Ultimatum, von dem der Absender im voraus wußte, daß es unannehmbar ist für ein Volk, daß seine Würde und Souveränität nicht aufzugeben bereit ist.

Am 13. Oktober letzten Jahres wurde zwischen dem US-Sonder- botschafter Richard Holbrooke und dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic ein Abkom- men über die Autonomie des Koso- vo besiegelt. Dieses Abkommen sah den Rückzug serbischer Sicher- heitskräfte vor, Verhandlungen und Überwachung durch die OSZE. Die serbische Seite reduzierte im Koso- vo ihre Truppenstärke auf das ver- einbarte Niveau. Die UCK, die von diesem Abkommen nicht betroffen war, verstärkte ihre Provokationen und Angriffe gegen die verblieben- en serbischen Sicherheitskräfte

und gewann an Boden. Der Bruch dieses Abkommens kam als Folge dessen, was als „Racak-Massaker“ Mitte Januar durch die Presse ging.

Inszenierung eines Massakers

Was tatsächlich in der Umge- bung von Racak stattfand, ist noch unklar. Sicher ist, daß ein Fernseh- team von AP am besagten Tag dabei war und die Kämpfe zwischen den serbischen Sicherheitskräften und der UCK filmte. Diese Journalisten hatten nichts von einem Massaker in dem Dorf gesehen noch gehört, so- lange die serbischen Sicherheits- kräfte anwesend waren. Ebenso wie Vertreter der OSZE, die keine auf- fälligen Vorkommnisse meldeten. Sicher ist, daß OSZE-Vertreter von einer „Inszenierung des Massakers durch die albanische Seite“ ausgin-

gen und eine Ablösung des Leiters der OSZE-Beobachtermission William Walker forderten, der ohne Überprüfung beim ersten Anblick der Toten von einem Massaker durch die Serben sprach, eine Version, die fortan von den meisten Medien kolportiert wurde. Sicher ist, daß die Herausgabe des Berichts der Pathologen bis zu einem politisch günstigeren Zeitpunkt verzögert wurde. Und sicher ist, daß auf die finnische Pathologin Helena Ranta enormer Druck ausgeübt wurde. Sie mußte der „Berliner Zeitung“ zufolge „immer wieder Anweisungen aus der großen Politik entgegennehmen, vor allem seitens der deutschen Regierung.“ Und sie hatte versprochen, bei der Beantwortung von Fragen „die Anweisungen des deutschen Botschafters zu befolgen“. Sicher ist auch, daß der Befund der Pathologen geheim bleiben soll. Das deutsche Auswärtige Amt, das den Befund entgegennahm, erlaubte lediglich, daß aus der 21 Kilogramm schweren Expertise des finnischen Teams eine Interpretation auf fünf Seiten zusammengefaßt und veröffentlicht wurde.

Auffällig war, daß die Medien, nachdem sie die Serben wieder mal als Bestien der Öffentlichkeit präsentiert hatten, weitestgehend schwiegen, als es an die Aufklärung ging. Und auch dies sollte zu denken geben: Einen Tag vor dem sogenannten Massaker von Racak warnte Madeleine Albright ihre „Crisis-Management“-Kollegen, daß das Abkommen zwischen Holbrooke und Milosevic „unmittelbar vor dem Bruch steht“. (NYT, 19. 1. 99)

Washington drohte mit dem Krieg

Die USA und ihre NATO-Partner nahmen wie vorauszusehen war das sogenannte Massaker zum Anlaß, um Jugoslawien mit Krieg zu drohen. Sie stellten der jugoslawischen Regierung ein Ultimatum: entweder sie unterschrieb ein von der Kontaktgruppe erarbeitetes Dokument oder Jugoslawien werde bombardiert. Die „Verhandlungen“, die dazu dann in Rambouillet

stattfanden, waren keine. Die Kontaktgruppe, zu der bekanntlich Rußland gehörte, wurde de facto ausgeschaltet und die USA diktieren. Zur jugoslawischen Delegation in Rambouillet gehörten neben den Regierungsvertretern auch Vertreter sieben verschiedener im Kosovo lebender Nationalitäten: Serben, Montenegriner, Albaner, Muslime, Türken, Roma und Ägypter. Die jugoslawische Delegation unterschrieb gleich zu Beginn der „Verhandlungen“ in Rambouillet das politische Abkommen (principles), wie es von der Kontaktgruppe erarbeitet und vorgelegt worden war, und forderte die Vertreter der



UCK auf, ebenso zu unterschreiben. Diese weigerten sich jedoch. Das war von den USA nicht vorgesehen, denn sie wollten das Scheitern der Verhandlungen den Jugoslawen anlasten.

Die US-Delegation in Rambouillet erweiterte das Dokument der Kontaktgruppe so, daß es die militärische Besetzung Jugoslawiens durch NATO-Truppen vorsah. Dieser Teil war nie in der Kontaktgruppe diskutiert worden. Von dem erweiterten Teil bekam die jugoslawische Delegation jeweils nur die Teile vorgelegt, die sie eventuell annehmbar finden konnten. Erst am vorletzten Tag der „Verhandlungen“ erhielten sie den gesamten Text, der offensichtlich den Wünschen der Kosovo-Albaner entsprach. Für die jugoslawische Seite war er unannehmbar, er hätte die Aufgabe der staatlichen Souveränität Jugoslawiens bedeutet.

Die USA stellten dann in Paris das endgültige Ultimatum: entwe-

der Jugoslawien unterschreibt das erweiterte Dokument oder die NATO bombardiert.

Wozu Belgrad „Ja“ sagen sollte

Belgrad sollte einer militärischen Besetzung durch 28 000 Mann NATO-Truppen zustimmen. Während sich serbische Sicherheitskräfte fast vollständig aus dem Kosovo zurückziehen sollten, sollte die UCK lediglich erklären, sich ein bißchen zu entziffern. Wider jedes Völkerrecht sollte Kosovo als Protektorat durch die NATO kontrolliert werden. Die UNO sollte keine Rolle spielen, außer daß der Sicherheitsrat „eingeladen“ wurde, in einer Resolution dieses Abkommen zu begrüßen.

Das Abkommen sieht außerdem vor, die „freie Marktwirtschaft“ einzuführen. Es erlaubt weitgehende politische Einflußnahme von Bürgern des Kosovo auf die Politik der Bundesrepublik Jugoslawien, aber verbietet jede Beeinflussung der Angelegenheiten des Kosovo durch die jugoslawische Regierung. Dem Leiter der OSZE/EU-Implementations-Mission sollten quasi diktatorische Möglichkeiten eingeräumt werden, denn er könnte, wo und wann es ihm wichtig erscheint, Anordnungen verfügen. Er könnte also, wie in Bosnien, gewählte oder ernannte Beamte nach seinem Gutdünken absetzen. Das, was von der jugoslawischen Delegation in Paris verlangt wurde, war nichts anderes als die Einwilligung in die bedingungslose Kapitulation. Die Medien berichteten natürlich von der Weigerung der jugoslawischen Regierung, dieses Abkommen zu unterschreiben, aber unterließen es, der Öffentlichkeit die Gründe der jugoslawischen Regierung darzustellen. Die Menschen, die auf die Massenmedien angewiesen sind, konnten nicht verstehen, was in Rambouillet und Paris abgelaufen war, konnten nicht erkennen, daß es sich hier nicht um Verhandlungen, schon gar nicht um Friedensverhandlungen drehte, sondern um ein Diktat. Bezeichnend für die heutigen gleichgeschalteten Medien ist auch, daß sie es nicht für nötig hiel-

ten zu berichten, daß die jugoslawische Seite sich in Rambouillet darüber beschwerte, daß sie nicht direkt mit der Delegation der Kosovo-Albaner verhandeln konnte. Im Gegenteil, die Berichterstattung erweckte den Eindruck, als weigerten sich die Serben mit den Albanern zu sprechen. Als dann nach einigen Tagen doch noch direkte Gespräche zwischen Serben und Albanern zustandekamen, verkaufte Madeleine Albright dies als ihren persönlichen Erfolg.

Neue Weltordnung unter US-Kommando

Was jetzt auf dem Balkan geschieht, gibt uns einen Vorschmack auf das, was Globalisierung für schwächere Nationen, für viele Völker tatsächlich bedeutet. Es geht hier um eine „Neue Weltordnung“, eine Rekolonialisierung mit modernerem Vokabular.

Das Hauptinstrument für die Durchsetzung dieser Weltordnung soll die NATO werden. Deren Abkürzung steht seit dem Angriff auf Jugoslawien für nichts anderes als Nord-Atlantische Terror-Organisation.

Zu ihrem 50. Jahrestag im April wird die NATO ihre Charta ändern. Nicht mehr territoriale Grenzen der Mitgliedstaaten sollen verteidigt werden, sondern ihre weltweite „Sicherheitsinteressen“. Zum Schutz der „Menschenrechte“ natürlich, besonders des Menschenrechts auf freie Marktwirtschaft, den freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen und des Rechts auf ungehinderte globale Operationen der US-amerikanischen und westeuropäischen Großunternehmen. Es geht auf dem Balkan weder um Menschenrechte noch um „humanitäre Katastrophen“. Es geht um die Globalisierung des NATO-Einsatzgebietes und die Abschaltung der UNO als Konfliktregelungsforum. Jugoslawien ist das letzte Land Europas außerhalb der Grenzen der ehemaligen Sowjetunion, das sich dem Diktat der transnationalen Konzerne und der NATO widersetzt. Es muß mit allen Mitteln in die

Knie gezwungen werden. Als die NATO nach dem Zerfall der Warschauer Vertragsstaaten eine Rechtfertigung für die eigene Fortexistenz suchte, gab sie vor, sich dem „Kampf gegen den Terrorismus“ zu widmen. Aber auch heute benutzt sie Terroristen, diesmal die Terroristen der UCK, um ihre strategischen Ziele durchzusetzen.

UCK und NATO verfolgen zwar unterschiedliche Ziele, die einen ein Großalbanien, die anderen die Globalisierung der NATO, aber beide benötigen dazu die Zerschlagung und die Besetzung Restjugoslawiens. Die UCK braucht die NATO, weil sie militärisch nicht in der Lage ist, die Regierung Jugoslawiens zu besiegen. Die UCK benötigt Massaker und Flüchtlinge, um die NATO herbeizurufen. Die NATO bombt Jugoslawien, aber das genügt der UCK nicht. Sie will NATO-Bodentruppen. Die NATO zögert und die UCK liefert den gleichgeschalteten Medien inflationäre Zahlen von Flüchtlingen und Massakern. Und mit diesen bombardieren die Medien die Öffentlichkeit der NATO-Staaten in die Akzeptierung einer Ausweitung des Krieges.

Und übrigens: Wenn man dem deutschen Kriegsminister Scharping in den letzten Tagen zuhört, hat man das Gefühl, er ist der Sprecher der UCK. Er wiederholt nicht nur jede Propaganda der UCK, sondern er benutzt bewußte Falschdarstellungen. So machte er in einer Talkshow aus der bisher gehandelten und bis heute nicht bewiesenen Zahl von achttausend in Srebrenica massakrierten Muslimen gleich 30.000. Kriegsminister Scharping schreckt nicht mal mehr vor Sprachgebrauch des deutschen Faschismus zurück, wenn er von der „serbischen Fratze“ spricht. Ein Propagandaministerium ist heute gar nicht mehr nötig. Die Kriegspropaganda wird kostensparend vom Kriegsminister selbst übernommen.

Das Leiden der Bevölkerung des Kosovo ist für die Kriegstreiber der NATO und der UCK nur noch nützlicher Vorwand.

Ich hatte in meiner politischen Laufbahn mit vielen Befreiungsbe-

wegungen aus der ganzen Welt zu tun. Keine hat sich mit Drogengeldern finanziert. Im Gegenteil, alle haben gegen die Zerstörung der Jugend ihrer Länder durch Heroin gekämpft. Was für eine „Befreiungsbewegung“ aber ist die UCK, die ihren Kampf mit Heroinschmuggel finanziert? Dies wissen alle westlichen Geheimdienste und die Medien berichten davon. Die UCK wird nicht nur durch die albanische Mafia, sondern auch durch westliche Geheimdienste, allen voran durch BND, MAD und CIA, ausgerüstet, ausgebildet und finanziert. Das ist alles in Veröffentlichungen nachzulesen. Am Wochenende meldeten Schweizer Zeitungen, daß die UCK besonders in den letzten Monaten deutsche Waffen erhielt.

Das Beispiel Afghanistan

Das Erstaunliche ist nur: Keinen der Menschenrechtskreuzzügler aus den westlichen Staaten scheint dies zu stören. Ehemalige Linke befinden sich heute auf der gleichen Wellenlänge wie Drogenmafia, BND und CIA. Oder sind sie wirklich so naiv?

Die Unterstützung der UCK auch durch viele ansonsten links denkende Menschen erinnert mich sehr an die Unterstützung der Mudjahedin in Afghanistan Anfang der 80er Jahre. Wer genauer hinschaute, konnte auch damals schon wissen, wie die Mudjahedin, einmal an die Macht gekommen, handeln werden. Die Mudjahedin wurden z. T. von den gleichen Geheimdiensten unterstützt wie heute die UCK. Damals war der afghanische Drogenhandel der bedeutendste weltweit, heute ist es der albanische. Teile der Grünen und Linken unterstützten die Mudjahedin nur, weil sie gegen die UdSSR kämpfte. Über diese Unterstützung wird heute peinlichst geschwiegen.

Nichts aus der Geschichte lernend, unterstützen zum Teil die gleichen Menschenrechtler heute die UCK, nur weil sie gegen die Serben kämpft. Sollte es diesen Menschenrechtlern aber nicht zu denken geben, daß sie auf der gleichen Seite stehen mit jenen, die zum

dritten Mal in diesem Jahrhundert den serbischen Erbfeind bombardieren?

Die Stärke der Linken in den westlichen Ländern war einmal, daß sie skeptisch hinterfragte, was von den Massenmedien verbreitet wurde, und was den Regierungen als Rechtfertigung zur Durchsetzung ihrer Interessen diene. Heute spielen sich die quasi-totalitär gleichgeschalteten Medien ungehindert zu Meinungsrichtern auf und rühren den totalen Medienkrieg, nach Gobbelschem Grundsatz, daß ein Lüge desto glaubwürdiger wird, je öfter man sie erzählt. Nach dem Motto: Macht besteht darin, Realität zu definieren und sie durch Handeln in die gewünschte Richtung zu bewegen, haben die Meister der veröffentlichten Meinung es verstanden, unser ehemals progressives Vokabular für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Progressive Begriffe von gestern wie „Selbstbestimmungsrecht“, als es um Antikolonialismus ging, werden heute in ihrer Auswirkung ins Gegenteil gewandelt, um neue Apartheid-Situationen ungeeignet zu rechtfertigen.

Ähnlich mit dem Begriff „Menschenrecht“: früher geltend als Kampfbegriff gegen Kolonialismus, Apartheid, Sklaverei und Ausbeutung, für die Anerkennung als Mensch (im Gegensatz zum „Untermenschen“) als gleichwertiges Subjekt in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Welt, wird er heute selektiv für eine Bevölkerungsgruppe reklamiert und einer anderen faktisch abgesprochen, indem sie als sprach- und rechtloses Objekt des Weltgeschehens vom elitären „Klub der Menschheit“ ausgegrenzt bzw. ferngehalten wird.

Ein Großteil der Linken hat zugelassen, daß Menschenrechte von den Imperialisten und ihren Medien definiert und als Knüppel gegen andere Völker, je nach Interessenlage, benützt werden. Mit dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien wird es höchste Zeit, daß all jene, denen es wirklich um Frieden und Gerechtigkeit geht, sich nicht länger von Politikern und Medien, von den Interessensvertretern der NATO

und des Freien Marktes Menschenrechte buchstabieren lassen!

Ein wesentlicher Aspekt der Außenpolitik der BRD für den Balkan ist ethnisch begründet. Diese „völkische“ Herangehensweise setzt voraus, daß Völker verschiedener Ethnien nicht in Frieden (weiter-) leben können. Das Motto „ein Volk, eine Führung, ein Boden“ scheint sich wieder durchzusetzen. Aber völkisch will man es heute natürlich nicht mehr nennen, man nennt es „ethnisch“, damit es besser zur Waffe „Menschenrechtspolitik“ paßt. Diese völkische Politik führt nicht nur auf dem Balkan zu einer Katastrophe. Was wäre, wenn sie sich in anderen Vielvölkerstaaten durchsetzen würde, wie Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien? Dies ist Apartheidpolitik auf europäisch. Das völkische Denkmuster führt unweigerlich in die Aufteilung in „gutes“ und „böses“ Volk, in ein Volk mit „Menschenrechten“ und eines ohne, wie die „internationale Gemeinschaft“ es bereits mit Bosnien vorgeführt hat und heute mit dem Kosovo macht. Die Designierung eines bösen Volkes und die einseitige Parteinahme von außen mußte den Krieg anheizen und ging so weit, daß allein die Reklamierung der Rechtsgleichheit für alle Beteiligten als „pro-serbisch“ diffamiert wird.

Meine Heimatstadt Washington DC, die Hauptstadt der USA, ist zu 80 Prozent schwarz. Wenn die 80 Prozent nun beschließen, sie wollen nicht mehr den „weißen“ USA angehören, sondern sich mit Afrika verbünden? Oder große Teile des Südwestens der USA, die mehrheitlich Chicanos sind, möchten sich Mexiko anschließen, oder Miami Kuba?

Oder gar: Was wäre, wenn die Deutschen in den Grenzregionen Polens ihre Sezession und Anschluß an Deutschland proklamierten?

„Ethnisch“ alles nachvollziehbar oder zu rechtfertigen? Oder anders gefragt: Wann und wo sollen wir völkische Politik gutheißen oder „ethnische“ Lösungen unterstützen, wo und wann nicht? Oder muß linke Politik nicht eine ganz andere Ebene beschreiten? Die Ost-

West-Konfrontation wurde durch „ethnischen Konflikt“ ersetzt und im internationalen Denken als maßgebliche politische Kategorie inzwischen etabliert. Wie oft werden derartige Konflikte jedoch vorge-schoben und bewußt geschürt, um ganz andere Machtinteressen zu kaschieren und zu verfolgen?

Das Erschreckende dabei ist, daß auch für einen Großteil der Linken der Balkan nur noch in „Ethnien“ existiert und grundlegende Widersprüche, die für jede Gesellschaft gelten, keinerlei Bedeutung auf dem Balkan mehr haben sollen: z. B. Widersprüche innerhalb der „Volksgruppen“ selbst zwischen Friedensbewegten und Kriegstreibern, zwischen den Kompromiß-Suchenden und jenen, die jeden Kompromiß von vornherein ausschließen, zwischen Arm und Reich, Links und Rechts...

Gerade Linke in Deutschland hätten jeden Grund, skeptisch gegenüber völkischen bzw. „ethnischen“ Erklärungen, Denkmustern und „Lösungen“ zu sein. Nach all den leidvollen Erfahrungen dieses Jahrhunderts muß die Linke offensiv Internationalismus und Völkerverständigung am Ende des Jahrhunderts fordern und auf die Tagesordnung des kommenden Jahrhunderts setzen. Deshalb müssen wir uns massiv diesem Krieg gegen Jugoslawien widersetzen.

Das Anwenden von zweierlei Maßstäben für sich selbst und für schwächere Nationen wird heute in den stärkeren und starken Nationen weitgehend kritiklos hingenommen. Während die USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich u. a. serbische Polizeiaktionen gegen Terroranschläge albanischer Sezessionisten verurteilen, kommt keiner auf die Idee, Großbritannien nach seinen Armeekaktionen gegen die Nordiren oder französische Polizeiaktionen gegen terroristische korsische Separatisten oder den spanischen NATO-Sekretär Solana nach Spaniens dreckigem Krieg als Antwort auf terroristische Anschläge im Baskenland zu fragen. Keiner dieser Staaten duldet eine Gewaltanwendung gegen seinen jeweiligen Staatsapparat, ohne

massiv dagegen vorzugehen, und daß die BRD diesbezüglich nicht gerade zimperlich ist, braucht nicht ausgeführt zu werden. Unter Berufung auf nebulöse „Menschenrechte“, die weder für alle noch überall reklamiert werden, werden vorhandene völkerrechtliche Verträge und internationale Normen außer Kraft gesetzt und ein Gesetz des Dschungsels gegen schwächere Länder eingeführt.

Und daß es der deutschen Regierung und der NATO gar nicht um Menschenrechte oder um die „Abwendung einer humanitären Katastrophe“ geht, zeigt sich doch schon an ihrer Behandlung der Türkei und der dortigen Situation der kurdischen Bevölkerung.

Daß die serbische Regierung ihren Teil Schuld trägt, daß der Konflikt eskalierte, ist, denke ich, unumstritten. Aber die Regierung hat nicht in einem luftleeren Raum gehandelt. Was wäre denn die Antwort jeder anderen Regierung gegenüber jeder anderen secessionistischen Bewegung, die Gewalt anwendet? Dies entschuldigt in keiner Weise Menschenrechtsverletzungen, die auf beiden Seiten verübt werden.

Solange die Bundesrepublik noch als Folge des deutschen Faschismus eingebunden war in die Nachkriegsordnung - wie waren sich deutsche Politiker da doch ei-

nig gewesen, daß nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen darf! Der deutsche Kanzler betonte aus Anlaß der Einverleibung der DDR: „Wir sind uns bewußt, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa eine grundlegende Bedingung für den Frieden ist.“

Ein sozialdemokratischer Kanzler hätte es damals nicht anders formuliert. Was aber hat sich denn geändert, daß dies nicht mehr gelten soll? Es ist schon bemerkenswert, daß gerade eine sozialdemokratische Regierung mit grüner Hilfe dem Weltgendarman USA hinterherhechelt und dieses schmutzigste aller Geschäfte erledigt: den Aggressionskrieg gegen einen souveränen Staat.

Noch vor wenigen Jahren hatten sie alle erklärt, von links bis rechts, daß allein schon aus historischen Gründen eine deutsche Beteiligung an Militäraktionen gegen Jugoslawien niemals in Frage käme. Als Folge der deutschen faschistischen Aggression hatte Jugoslawien 1,7 Millionen Tote zu beklagen. Daß die Sozialdemokraten jedesmal vor Aufrüstung und Krieg versagten, ist bekannt. Wo ist es aber geblieben, das Geschichtsbewußtsein der Grünen, allen voran des grünen Außenministers? Wo ist er geblieben, der Antikriegskonsens der grünen Oppositionsjahre? Es lohnt sich daran zu erinnern, was ein Joschka Fischer noch im Dezember 1994 von sich gab. Als es damals um den Bürgerkrieg in Bosnien ging, meinte er: „Das ist mein Problem ... wenn ich sehe, wie die Bundesregierung den Bundestag an der Nase, an der humanitären Nase, in den Bosnienkrieg führen will.“ „Ich finde es nur falsch, die Moral im Kurzschluß mit

Fragen von Krieg und Frieden zu verbinden, ohne das Moment des nationalen Interesses zu berücksichtigen. ... Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, daß die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamitaktik Anlässe suchen oder Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber den militärischen Optionen der Außenpolitik des vereinten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und die Humanitätsfrage.“ „Wir sind in Deutschland nicht gerade gesegnet mit einer pazifistischen Tradition... Jenseits aller Taktik lautet für mich die entscheidende Frage einer grünen Außen- und Sicherheitspolitik: Wie kann eine pazifistische und antinationalistische Partei eine Politik zur Verteidigung bedrohter Menschen und ihrer Rechte entwickeln, ohne dabei ihre gewaltfreien Grundsätze aufzugeben?“

Nun, die Barriere gegenüber den militärischen Optionen der Außenpolitik existiert für den Außenminister Joseph Fischer nicht mehr. Und entscheidende Fragen zu einer grünen Außen- und Sicherheitspolitik muß sich der Herr als Mitglied eines deutschen Kriegskabinetts nicht mehr stellen. Erklärte er doch: „Ich mache keine grüne Außenpolitik. Ich bin der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und mache deutsche Außenpolitik.“ (Stern, 24. 3. 99).

Sollen wir daraus schließen, daß, nachdem die Nachkriegsordnung überwunden ist, deutsche Außenpolitik Militäraktionen und Kriege wie selbstverständlich mit einschließt?

Dieser Außenminister sollte abdanken.



Sozialistische Wochenzeitung

Ich möchte die UZ kennenlernen.

Name

Adresse

Abschnitt ausschneiden und an:
DKP c/o F. Spatz
Flughafenstr. 1a, 64347 Griesheim
schicken

DKP ★
Die Kommunisten